LANDTAG
NIEDERSACHSEN

N i e d e r s c h r i f t

über die gemeinsame - öffentliche - Sitzung

des Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung (97. Sitzung, erster Teil)[1],

seines Unterausschusses „Häfen und Schifffahrt“ (35. Sitzung) und

seines Unterausschusses „Tourismus“ (45. Sitzung)

am 18. September 2026

Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung: Seite:

a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2027 und 2028 (Haushaltsgesetz 2027/2028 - HG 2027/2028 -)**

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/11240 neu

b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2026 bis 2030**

Unterrichtung durch die Landesregierung - Drs. 11/11406

Beratung des Entwurfs des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2027 und 2028

Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung

Einzelplan 20 - Hochbauten

Vorstellung durch den Minister für Wirtschaft, Verkehr und Bauen 4

Mitberatung 14

Einzelberatung 29

[1] Über den zweiten Teil der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung wird eine gesonderte Niederschrift gefertigt.

Anwesend:

Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung:

1. Abg. Stefan Klein (SPD), Vorsitzender
2. Abg. Christoph Bratmann (SPD)
3. Abg. Nico Bloem (i. V. der Abg. Sabine Tippelt) (SPD)
4. Abg. Marten Gäde (i. V. des Abg. Oliver Ebken) (SPD)
5. Abg. Uwe Dorendorf (CDU)
6. Abg. Christian Frölich (CDU)
7. Abg. Reinhold Hilbers (CDU)
8. Abg. Marcel Scharrelmann (CDU)
9. Abg. Axel Miesner (i. V. der Abg. Colette Thiemann) (CDU)
10. Abg. Stephan Christ (GRÜNE)
11. Abg. Heiko Sachtleben (GRÜNE)
12. Abg. Omid Najafi (AfD)

Mitglieder des Unterausschusses „Häfen und Schifffahrt“:

1. Abg. Nico Bloem (SPD), Vorsitzender
2. Abg. Matthias Arends (SPD)
3. Abg. Marten Gäde (SPD)
4. Abg. Katharina Jensen (CDU)
5. Abg. Hartmut Moorkamp (CDU)
6. Abg. Ulf Thiele (CDU)
7. Abg. Stephan Christ (GRÜNE)
8. Abg. Christian Schroeder (GRÜNE)

Mitglieder des Unterausschusses „Tourismus“:

1. Abg. Christoph Bratmann (SPD)
2. Abg. Thordies Hanisch (i. V. der Abg. Karin Emken) (SPD)
3. Abg. Nico Bloem (i. V. des Abg. Frank Henning) (SPD)
4. Abg. Stefan Klein (i. V. des Abg. Björn Meyer) (SPD)
5. Abg. Saskia Buschmann (CDU)
6. Abg. Axel Miesner (CDU)
7. Abg. Jonas Pohlmann (CDU)
8. Abg. Marcel Scharrelmann (i. V. der Abg. Melanie Reinecke) (CDU)
9. Abg. Tamina Reinecke (GRÜNE)
10. Abg. Heiko Sachtleben (i. V. der Abg. Sina Maria Beckmann) (GRÜNE)
11. Abg. Omid Najafi (i. V. des Abg. Thorsten Paul Moriße) (AfD)

Von der Landesregierung:

Minister Tonne (MW).

Von der Landtagsverwaltung:

Beschäftigte Kahlert-Kirstein.

Niederschrift:

Regierungsdirektor Schröder, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 10:30 Uhr bis 13:04 Uhr.

Tagesordnung:

a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2027 und 2028 (Haushaltsgesetz 2027/2028 - HG 2027/2028 -)**

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/11240 neu

b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2026 bis 2030**

Unterrichtung durch die Landesregierung - Drs. 19/11406

Zu a) erste Beratung: 96. Plenarsitzung am 09.09.2026
federführend: AfHuF;
mitberatend: ständige Ausschüsse und Unterausschüsse

Zu b) direkt überwiesen am 26.08.2026
federführend: AfHuF;
mitberatend: ständige Ausschüsse und Unterausschüsse

Beratung des Entwurfs des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2027 und 2028

Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung

Einzelplan 20 - Hochbauten

Vorstellung durch den Minister für Wirtschaft, Verkehr und Bauen

Minister **Tonne** (MW): Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herzlichen Dank für die Möglichkeit, Ihnen heute den Einzelplan 08 des Haushaltsplanentwurfs 2027/2028 vorstellen zu dürfen.

Bevor wir uns einzelne Themen anschauen, gebe ich Ihnen einen Überblick über die aktuelle wirtschaftliche Lage, was maßgeblich ist, um daraus ein Handeln ableiten zu können.

Wie wir alle wissen, sind die wirtschaftlichen Entwicklungen auch weiterhin sehr maßgeblich durch die Auswirkungen des nach wie vor andauernden russischen Angriffskrieges auf die Ukraine bestimmt. Die hohen Energiepreise beschäftigen uns ebenso wie die protektionistische Handelspolitik der USA in all ihrer Unplanbarkeit und mit all den nahezu täglich neuen Auswirkungen.

Für Deutschland insgesamt stellen wir nach wie vor zu schwache Exporte und einen wirklich extrem steigenden Wettbewerbsdruck aus China fest. Wer dieser Tage auf der IAA Transportation zu Gast war, der konnte sehen, wie immens der Aufschlag Chinas auch dort war. Hinzu kommen höhere Produktionskosten. Auch nach zwei Rezessionsjahren wächst die deutsche Wirtschaft kaum bzw. einfach zu wenig. Der Anstieg der Ölpreise schmälert die Kaufkraft der Haushalte zusätzlich, er dämpft Konsum und dämpft auch Investitionen.

Der Sachverständigenrat erwartet für Deutschland ein BIP-Wachstum von 0,5 % im Jahr 2026 und von 0,8 % im Jahr 2027. Sie können an den aufgrund von aktuellen Lagen mehrfach eingetretenen Veränderungen sehen, wie extrem volatil die Entwicklung ist. Gleichzeitig bleibt die Inflation hoch. Im August wird sie voraussichtlich bei 2,9 % liegen. Damit steigen nach dem Ende des Tankrabatts bei weiter anhaltendem Anstieg des Ölpreises auch die Verbraucherpreise deutlich. Weitere Risiken ergeben sich aus dem Iran-Krieg und der Gesamtlage im Nahen Osten.

Trotz alldem gibt es auch gute Nachrichten: Die Stimmung unter den Unternehmen in Deutschland hat sich verbessert. Der Geschäftsklimaindex ist im August im Vergleich zum Juni um ungefähr zwei Punkte gestiegen. Die Firmen bewerten ihre aktuelle Lage im Schnitt besser als noch vor zwei bis drei Monaten. Daraus gilt es jetzt, einen Trend zu machen.

Lassen Sie mich nun auf Niedersachsen blicken:

Die Wirtschaftsleistung in Niedersachsen ist im Jahre 2025 gewachsen. Das Bruttoinlandsprodukt stieg real um 0,7 % und damit erfreulicherweise stärker als im Bundesdurchschnitt von 0,2 %. Nominal erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt um 3,7 % auf rund 399 Milliarden Euro. Die Inflationsrate liegt in Niedersachsen wie im Bundesschnitt bei 2,9 %.

Ich will nicht verhehlen, dass es uns nach wie vor große Sorge bereitet, dass unsere Industrie und mit ihr die Arbeitsplätze in der Industrie unter einem wirklich enormen Druck stehen. Wir müssen auch weiterhin alles in unserer Macht Stehende tun, um Rahmenbedingungen zu verbessern. Das Verbessern von Rahmenbedingungen ist kein Selbstzweck, sondern ist nötig, um Arbeitsplätze in der Industrie zu verteidigen und dort, wo es möglich ist, neue zu schaffen.

Ich will Ihnen dazu ein paar Stichworte geben. Die erste Botschaft ist: Wir sind ein wichtiges Stahlland. Das ist nichts Neues. Wir freuen uns darüber, dass wir am 16. November 2026 Veranstalter und Gastgeber des Nationalen Stahlgipfels in Salzgitter sind. Gut ist, dass sowohl die Stahl-Länder als auch die Bundesregierung immer wieder daran arbeiten, wie wir gegenüber Brüssel mit einer Stimme sprechen und Schutzinstrumente gegen Dumpingwettbewerb implementieren können, um damit dafür zu sorgen, dass wir auch weiterhin ein erfolgreiches Stahlland sind. Die Bundeswirtschaftsministerin hat ihr Kommen ebenso angekündigt wie die Ministerpräsidenten aus Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen sowie etliche Ministerkollegen aus den betroffenen Ländern. Wir wollen auch dort wieder gemeinsam Akzente setzen - mit dem Ziel, dass die Reaktionen der EU mit Schutzinstrumenten schneller und flexibler werden.

Eine ähnliche Herausforderung stellt sich im Bereich der chemischen Industrie. Auch in diesem Bereich sind wir sowohl in Brüssel als auch in Berlin weiterhin intensiv dabei, verbesserte Rahmenbedingungen zu schaffen, unnötige Regulierungen wegzubekommen und gleichzeitig einen realistischen Transformationspfad beim Emissionshandel aufzustellen. Wir brauchen die chemische Industrie in Niedersachsen und wollen sie halten. Die Transformation zu klimaneutralen Produktionsverfahren kann aber nur gelingen, wenn die Unternehmen wieder Geld verdienen. Da müssen wir wieder hinkommen. Wir werden weiterhin nicht nur gegenüber Brüssel, sondern auch gegenüber dem Bund mehr Tempo bei der Chemieagenda einfordern.

Weiterhin ist für Niedersachsen in diesem Bereich der gesamte Kurs bei erneuerbaren Energien prägend. Wir treten hier mit dem klaren Ziel an, dass es beispielsweise beim Offshore-Ausbau keinen Fadenriss geben darf. Zudem brauchen wir Ordnung bei den Neuanschlussbegehren von

Unternehmen. Es kann und darf nicht sein, dass nur auf dem Papier existierende Batteriespeicherprojekte den Anschluss von Neuansiedlungen blockieren. Außerdem wollen wir endlich ein klares Signal, damit wir auch beim Thema Wasserstoff vorankommen.

Letztlich ist der gesamte Automotive-Bereich ein prägendes Thema. Das ist ein Thema, das uns nahezu täglich begegnet. VW und Niedersachsen gehören zusammen. VW steht nach wie vor vor einem der umfassendsten Umbauten seiner Geschichte. Die Entscheidungen in Bezug auf Emden und Hannover werden uns im nächsten Jahr sehr intensiv beschäftigen. Das Ziel ist nach meinem Eindruck klar kommuniziert. Wir werden mit Nachdruck nachhalten, dass die Standorte Emden und Hannover für uns neben den anderen eine hohe Bedeutung haben.

Wir finden, dass es ein wirklich großer Erfolg ist, dass vermieden worden ist, im Aufsichtsrat unterschiedliche Positionspapiere ungebremst aufeinander zurollen zu lassen, und es gelungen ist, zu einem Kompromiss zu kommen. Aber jetzt hat der Vorstand des Konzerns zu liefern!

Auf seinem Weg ist VW mit dem Standort in Osnabrück gut vorangekommen. Ich bedanke mich herzlich den Kolleginnen und Kollegen aus der Staatskanzlei, dem Finanzministerium und dem Wirtschaftsministerium, die um diese bestmögliche Perspektive für die Belegschaft am Standort Osnabrück sehr entschlossen gerungen haben. Ich hätte mir gewünscht, dass der Auftrag, den der VW-Vorstand Ende 2024 bekommen hat, auch von dessen Seite konsequenter umgesetzt worden wäre. Es bedurfte hier des Einschreitens vieler Externer, um dort Perspektiven für Arbeitsplätze zu schaffen.

Die Landesregierung ist bei all diesen Themen - auch in Bezug auf die Frage, wie wir günstige Rahmenbedingungen schaffen - immer bereit, Verantwortung zu übernehmen. Dazu gehört auch finanzielle Verantwortung. Das haben wir zuletzt am Beispiel der Meyer-Werft sehr deutlich gemacht. Wir sehen, dass es richtig war, dort entsprechend zu handeln, um Arbeitsplätze, Innovation und Wertschöpfung zu sichern.

Für die Jahre 2027 und 2028 werden wir turnusgemäß den Vorsitz der Wirtschaftsministerkonferenz übernehmen. Das bedeutet für das Haus viel Arbeit, bietet aber auch hier wie immer eine große Chance, auf Bundesebene relevante Themen auf die Agenda zu setzen. Im Jahre 2027 werden wir, der Logik folgend, einen der Schwerpunkte unserer Arbeit mit dem Thema „Industrielle Arbeitsplätze sichern“ bzw. „Erschließung neuer Märkte und Chancen durch industrielle Arbeitsplätze“ setzen.

Meine Damen und Herren, der vorliegende Haushaltsplanentwurf liegt Ihnen als Doppelhaushalt vor. Wir geben damit Planungssicherheit für die kommenden zwei Jahre. Wir haben uns sehr bewusst dafür entschieden, den ganz besonderen Fokus auf so dringend benötigte Punkte wie Investitionen zu legen - Investitionen in den Wirtschaftsstandort, Investitionen in unsere Infrastruktur und damit auch in die Zukunft Niedersachsens.

Der Entwurf des Haushaltsplans sieht für 2027 in Einzelplan 08 Ausgaben in Höhe von 3,79 Milliarden Euro vor. Für 2028 sind 3,94 Milliarden Euro veranschlagt.

Ich will, wie immer, gerne einige dieser Themenblöcke benennen.

Ich beginne mit einem auch für das Land immens wichtigen Punkt. Ich vermute, Sie haben, als Sie heute zur Sitzung angereist sind, entweder die Straße oder die Schiene genutzt. Klar ist: Wir brauchen in beiden Bereichen starke Investitionen in die Infrastruktur.

Mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf stärken wir den öffentlichen Nahverkehr so deutlich wie seit vielen Jahren nicht. Jedem ist klar, dass die Rahmenbedingungen anspruchsvoll sind: Personal, Energie, Fahrzeuge - alles das ist deutlich teurer geworden. Die Umstellung auf neue Antriebe kostet viel Geld. Aber unser Ziel ist klar: Busse und Bahnen müssen auch unter diesen Bedingungen zuverlässig fahren.

Ich habe Ihnen im vergangenen Jahr drei Bausteine für die Sicherung des ÖPNV und SPNV vorgestellt. Das waren erstens die Kapitaldienstgarantie über 500 Millionen Euro für die Beschaffung von BEMU-Fahrzeugen, zweitens 200 Millionen Euro Barmittel, bereitgestellt über den Nachtrag 2025, für weitere Fahrzeugbeschaffungen und drittens die Bereitstellung von 300 Millionen Euro aus dem Sondervermögen des Bundes für Infrastruktur und Klimaneutralität für den SPNV. Das sind in Summe 1 Milliarde Euro, die wir darüber bereitstellen konnten. Das ist eine riesengroße Summe.

Es sind aber Einmalbeträge. Deswegen freut es mich besonders, dass wir die Aktivitäten mit dem Doppelhaushalt 2027/2028 und auch im gesamten Mipla-Zeitraum fortführen können. Wir können deutlich mehr investieren, auch mit niedersächsischem Geld: Rund 171 Millionen Euro an originären Landesmitteln stehen jedes Jahr für ÖPNV und SPNV zusätzlich zur Verfügung. Je Einwohnerin und Einwohner investiert das Land damit insgesamt rund 48 Euro für ÖPNV und SPNV. Beim letzten großen bundesweiten Vergleich lag Niedersachsen bei 15 Euro je Einwohnerin und Einwohner. Das heißt, wir schaffen es damit, die Mittel je Einwohner mehr als zu verdreifachen. Dieses Ziel ist innerhalb von fünf Jahren erreicht worden. Ich will allen Beteiligten herzlich Dank sagen, die sich dafür mächtig ins Zeug gelegt haben. Damit ist uns wirklich ein großartiger Erfolg gelungen.

Werfen wir einen Blick auf die einzelnen Bausteine: Mehr als 103 Millionen Euro entfallen auf die Finanzhilfe für den Ausbildungsverkehr. Seit 2005 hat Niedersachsen diese Aufgabe vollständig aus den Regionalisierungsmitteln des Bundes finanziert. Das war immer Gegenstand der Kritik, das war immer Gegenstand auch der Diskussion. Es freut mich, dass es ab 2027 gelingt, diese Finanzierung wieder aus Landesmitteln vornehmen zu können.

Hinzu kommen jährlich 48 Millionen Euro für absehbare zusätzliche Belastungen durch die gestiegenen Trassenpreise im SPNV. Damit stellen wir sicher, dass die Aufgabenträger handlungsfähig bleiben. Ich will an dieser Stelle aber auch sagen - denn das darf dabei nicht in Vergessenheit geraten -: Die auskömmliche Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs ist und bleibt eine Aufgabe des Bundes! Niedersachsen setzt sich deshalb auch mit nahezu allen anderen Ländern weiterhin für eine verlässliche Lösung durch den Bund ein. Das gilt übrigens politisch wie rechtlich. Die Verantwortung muss dort übernommen werden. Wir können aber gewährleisten, dass hier in Niedersachsen niemand im Unklaren bleibt.

Auch für den kommunalen ÖPNV schaffen wir mehr Verlässlichkeit. Bereits im Jahr 2026 haben wir die Verwaltungskostenpauschale für die kommunalen Aufgabenträger dank der Initiative der regierungstragenden Fraktionen um 10 Millionen Euro erhöhen können. Diese Erhöhung führen wir - erstens - ab 2027 dauerhaft fort. Zweitens ist es gelungen, als nächste Steigerung weitere

10 Millionen Euro im Haushalt zu etablieren. Das heißt, den kommunalen Aufgabenträgern stehen damit jedes Jahr insgesamt 20 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung. Auch hier halten wir Wort; denn wir haben gesagt, dass wir das Problem nicht mit einem Schalterumlegen, es aber Schritt für Schritt lösen können. Das passiert hier auch. Das ist eine Unterstützung der kommunalen Aufgabenträger. Übrigens findet die Abhilfe nicht nur finanziell statt, denn wir verbinden die zusätzlichen Mittel auch mit weniger Bürokratie. Für die neue Finanzhilfe reicht eine jährliche Bestätigung über die Verwendung aus. Auch das ist im Vergleich zu vorher deutlich einfacher.

Ein weiterer bedeutsamer Punkt ist das Deutschland-Ticket. 14,5 Millionen Menschen nutzen das Deutschlandticket inzwischen bundesweit. Das verdeutlicht den Stellenwert eindrucksvoll. Deswegen unternehmen wir auch stete Anstrengungen, dieses Angebot aufrechtzuerhalten und zu stärken. Wir werden das Deutschlandticket jetzt auch auf eine gesetzliche Grundlage stellen. Die Aufgabenträger werden durch eine Änderung des Niedersächsischen Nahverkehrsgesetzes zur Umsetzung verpflichtet. Im Gegenzug erhalten sie einen Rechtsanspruch auf den Ausgleich der ihnen damit entstandenen finanziellen Nachteile. Das ist in den letzten Jahren immer mit Brief und Zusicherung und in gegenseitigem Vertrauen geschehen. Jetzt können wir damit auch eine verbindliche Rechtsgrundlage schaffen. Auch das ist ein großer Wert.

Außerdem investieren wir in den nächsten Jahren insgesamt weitere 300 Millionen Euro aus dem Länderanteil am Sondervermögen des Bundes für Infrastruktur und Klimaneutralität in die Beschaffung von Fahrzeugen und in den Um- und Ausbau von Bahninfrastruktur. Das heißt ganz konkret: Mittel fließen in die Reaktivierung der Strecken Soltau–Lüneburg und Bremerförde–Stade, in die Elektrifizierung zwischen Braunschweig und Gifhorn und im Teilnetz Nordharz. Wir investieren in die Schieneninfrastruktur zwischen Uelzen und Winsen, in die Strecke Lüneburg–Dannenberg und in den Ausbau der Bahnsteige in Groß Düngen und Hildesheim Ost. Auch die Huntebrücke in Elsfleth ist Teil dieses umfangreichen Investitionsprogramms, das im Kapitel 0895, Titelgruppe 62 abgebildet ist.

Mein Fazit: Die zusätzlichen Mittel sind ein sehr gutes Ergebnis für den öffentlichen Nahverkehr. Zusätzliche Mittel in Höhe von 171 Millionen Euro an reinen Landesmitteln und einmalig zusätzliche 300 Millionen Euro! Das ist das umfangreichste Finanzierungspaket für den niedersächsischen Nahverkehr in der Geschichte Niedersachsens. Wir hatten erst geschrieben: „seit vielen Jahren“, uns aber vergewissert und diese Passage noch einmal umformuliert in „in der Geschichte Niedersachsens“.

Ein anderer wichtiger Teil unserer niedersächsischen Verkehrsinfrastruktur sind unsere 8 200 km Landesstraßen mit fast 2 100 Brücken und 4 800 km Radwegen. Das sind beeindruckende Zahlen, die aber auch zeigen, welche enorme Herausforderung die Sanierung dieser Verkehrsinfrastruktur für ein Flächenland wie Niedersachsen ist. Auch hier ist es mir wichtig, dass wir uns dieser Herausforderung in einem strukturierten Verfahren stellen.

Der Haushaltsplanentwurf sieht im Kapitel 0820, Titelgruppe 63 sowohl für 2027 als auch für 2028 jeweils wieder 114,3 Millionen Euro im Straßenbauplafond vor, und zwar ungekürzt und zusätzlich zu den Investitionsmitteln für den Straßenbau, die wir aus dem Länderanteil des Sondervermögens des Bundes zur Verfügung stellen.

Die Haushaltsmittel aus dem Sondervermögen des Bundes finden Sie im Kapitel 0895, Titelgruppe 61. In Summe ermöglichen wir damit einen Investitionshochlauf bei den Landesstraßen, Brücken und Radwegen.

Im Mehrjahresprogramm 2027 bis 2029 investieren wir rund eine halbe Milliarde Euro in die Landesstraßeninfrastruktur. Auch das ist eine echte Investitionsoffensive. Das gelingt nur in enger Zusammenarbeit mit den Akteurinnen und Akteuren, für die ich sehr dankbar bin. Ich verweise auf die Charta für partnerschaftliche und effektive Zusammenarbeit mit dem Baugewerbe-Verband, der Bauindustrie, der Ingenieurkammer und der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV).

Ich will nicht verschweigen, dass der Hochlauf von Investitionen logischerweise auch mit einer erheblichen organisatorischen und personellen Herausforderung insbesondere für die NLStBV einhergeht. Von daher will ich auch hier meinen Dank darüber ausdrücken, dass es gelungen ist, die NLStBV für diesen Hochlauf personell zu stärken, und zwar um 7 sogenannte Vollzeiteinheiten in 2027 und weitere 7 Vollzeiteinheiten ab dem Jahr 2028 - insgesamt also 14 Stellen, die für die Umsetzung des Sondervermögens Infrastruktur zusätzlich zur Verfügung stehen. Das ist wichtig, das ist aber auch notwendig.

Dennoch werden wir auch in Zukunft nicht auf externe Unterstützung, die sogenannten Dienstleistungen Außenstehender - die Ingenieurbüros, die Planungsleistungen und Vermessungsleistungen erbringen, für Bauüberwachung und für Projektsteuerung sorgen und Gutachten erstellen -, verzichten können. Wir haben den Mittelansatz für 2027 um 3,7 Millionen Euro und für 2028 sogar um 7,4 Millionen Euro erhöht. Denn es ist uns wichtig - das betone ich ausdrücklich -, dass die angekündigten Maßnahmen verlässlich umgesetzt werden. Es ist gut, dass wir sie jetzt terminieren können. Es ist gut, dass wir mehr machen können. Aber ich möchte auch verlässliche Zeitpläne haben. Dafür müssen diese Rahmenbedingungen stimmen.

Die Infrastruktur kann nur durch einen auskömmlich ausgestatten Betriebsdienst funktionsfähig gehalten werden. Durch das erfolgreiche Einwerben von jeweils 10 weiteren Stellen in den Jahren 2027 und 2028, also von insgesamt 20 Stellen, wird es gelingen, die Einsatzbereitschaft und Reaktionsschnelligkeit bei Instandsetzungsmaßnahmen deutlich zu erhöhen. Die Notwendigkeit, dass hier zügig gehandelt werden kann, haben wir übrigens gerade Anfang des Jahres deutlich gesehen, als der Winter mit sehr vielen Schwankungen im Plus- und Minusbereich Einzug gehalten hatte und bei den Straßen sofort erhebliche Schäden auftraten.

Der nächste große Komplex für uns ist der Bereich der Häfen. Es ist für uns selbstverständlich, dass wir weiterhin konsequent in die Häfen und die dazugehörige Infrastruktur investieren. Dazu ist es wichtig, dass wir beim JadeWeserPort die entsprechenden Haushaltsmittel weiterhin veranschlagen können. Sowohl für 2027 als auch für 2028 sind 5,5 Millionen Euro veranschlagt. Damit haben wir die haushalterische Vorsorge für den niedersächsischen Anteil an der Kapitalbereitstellung für die JadeWeserPort Realisierungs-GmbH & Co. KG getroffen. Sie alle wissen, dass wir das mit Bremen gemeinsam machen.

Ich will an dieser Stelle gerne folgende Information einfügen: Wir haben im Jahr 2025 einen Rekordumschlag von 1,5 Millionen TEU erreicht. Die magische Grenze von 1 Million TEU ist also überschritten. Darum wurde lange gerungen, dafür wurde lange gearbeitet. Jetzt sind wir bei 1,5 Millionen TEU, und wir erwarten für 2026 einen noch höheren Umschlag. Ich finde, das ist

eine wirklich gute Zukunftsperspektive für den JadeWeserPort - und das alles trotz der wirtschaftlich herausfordernden Rahmenbedingungen. Das ist wirklich eine bemerkenswerte Leistung, die die Kolleginnen und Kollegen vor Ort erbringen.

Ich will aber nicht vergessen, hierbei auch NPorts zu erwähnen. Der Haushaltsplanentwurf sagt auch hierzu aus, dass wir die jährlich bereitzustellenden Mittel fortschreiben: 40 Millionen Euro pro Jahr für Investitionen als Zuschuss zu den Betriebskosten.

NPorts leistet einen ganz entscheidenden Beitrag für die Wettbewerbsfähigkeit der Häfen und damit auch für die Wirtschaft in den Regionen, weit über die Küstenregion hinaus. Aus den laufenden Landesmitteln werden wichtige Hafenbau- und Hafenentwicklungsprojekte finanziert und vorangetrieben. Stichwortartig sei Ihnen zugerufen: Neubau der Liegeplätze 5 bis 7 in Cuxhaven, die Modernisierung der Großen Seeschleuse in Emden, die Erneuerung des Hafens Wangerooge und natürlich der Bau des Großschiffsliegeplatzes in Emden.

Über die ungekürzt fortgeschriebenen Landesmittel hinaus gibt es weitere Haushaltsmittel in Höhe von 113 Millionen Euro aus dem Länderanteil des Sondervermögens für Infrastruktur und Klimaneutralität des Bundes. Sie helfen den Häfen bei der Bewältigung der erheblichen Herausforderungen, vor die uns die Energiewende, die wirtschaftliche Transformation, die steigenden Anforderungen an die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands und natürlich alles das stellen, was damit zusammenhängt. In der Regel hängt damit ein erheblicher Investitionsbedarf zusammen.

Niedersachsen steht zu seinen Häfen! Wir werden den Herausforderungen durch die Bereitstellung einer erheblichen Summe zusätzlicher Mittel gerecht. Aber wir werden diese Herausforderungen allein nicht bewältigen können. Wir, die Küstenländer, fordern daher auf Bundesebene ein klareres Bewusstsein für die herausragende nationale Bedeutung unserer Seehäfen ein. Wir müssen immer wieder darum ringen, dass auch im Süden erkannt wird, dass Häfen eine nationale Bedeutung haben. Darin werden wir nicht nachlassen. Wir erwarten schlicht und ergreifend eine dauerhafte, eine verlässliche und eine angemessene finanzielle Beteiligung des Bundes. Ich will deutlich sagen, dass der Auftritt der Bundesregierung auf der Nationalen Maritimen Konferenz von uns allen als eine verpasste Chance gesehen wird. Nicht zuletzt das jüngste IHK-Nord-Gutachten hat klargemacht, dass der alleinige Verweis auf rechtliche Problematiken keine ausreichende Grundlage mehr ist, den Lastenausgleich nicht stärker auszufinanzieren. Diese Erwartungshaltung werden wir auch weiterhin sehr deutlich transportieren.

Ich möchte Ihnen nun den Städte- und Wohnungsbau nahebringen, dessen Haushaltszahlen gute Aussichten verheißen. Im Kapitel 0842 sind die Haushaltsmittel für Städtebauförderung und Stadterneuerung ausgewiesen. Weil es keine Selbstverständlichkeit ist, dass es gelungen ist, in 2027 und 2028 die vom Bund für die Jahresprogramme 2027 und 2028 in Aussicht gestellten Haushaltsmittel vollständig gegenzufinanzieren, bin ich dafür sehr dankbar. Diese vollständige Gegenfinanzierung ist die Grundbedingung dafür, dass wir Bundesmittel erhalten können. In Zahlen bedeutet das, dass wir für das Städtebauförderprogramm des Jahres 2027 rund 110,8 Millionen Euro an Landesmitteln und für das Jahresförderprogramm 2028 sogar knapp 129,3 Millionen Euro an Landesmitteln bereitstellen. Auch das ist ein bisher noch nie erreichter Rekordwert. Es ist wichtig, dass wir damit ein starkes Signal an unsere Kommunen aussenden. Wir wissen, dass die Herausforderungen auf kommunaler Ebene groß sind. Wir wissen, dass gerade die Städtebaufördermittel eine willkommene Möglichkeit sind, selbst dazu beizutragen, lebendige und identitätsstiftende Stadt- und Ortskerne zu erhalten und all die verschiedenen

Maßnahmen umsetzen zu können und damit die Kommunen an der aktiven Gestaltung einer sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Modernisierung teilhaben lassen zu können.

Im Übrigen gilt, dass die Städtebauförderung eine extrem starke Hebelwirkung hat. Das können wir immer wieder erleben. Jeder Euro an Fördermitteln löst ein Vielfaches an privaten Investitionen aus. Diese Folgeinvestitionen kommen insbesondere den ortsansässigen Unternehmen und den Handwerksbetrieben zugute und stärken damit auch die lokale Wirtschaft. Das ist, wie ich finde, ein wichtiger Aspekt.

In der Wohnraumförderung gilt es schlicht und ergreifend, die Sicherung von ausreichend viel bezahlbarem Wohnraum zu gewährleisten. Das ist eine der ganz großen sozialen Aufgaben unserer Zeit. Es gibt da in der Regel keine „low hanging fruits“, die mal eben schnell geerntet werden können, sondern dort zahlt sich nur aus, wenn jeder einzelne Strang, der sich bietet, mit großem Einsatz nachverfolgt wird.

Die soziale Wohnraumförderung beispielsweise trägt zu einer wirklich spürbaren Entlastung des angespannten Wohnungsmarktes bei. Die soziale Wohnraumförderung ist ein ganz zentraler Baustein für den sozialen Zusammenhalt und auch für Chancengerechtigkeit. Deswegen setzen wir auch hier einen klaren Schwerpunkt. Wir stärken den Wohnraum- und Wohnquartierförderfonds mit zusätzlichen Landesmitteln und schaffen damit die Voraussetzungen, um die auch auf Bundesebene erhöhten Mittel für den sozialen Wohnungsbau zielgerichtet nutzen zu können. Das heißt, wir stellen im Jahre 2027 rund 19 Millionen Euro und im Jahre 2028 rund 31 Millionen Euro zusätzlich aus dem Landeshaushalt zur Verfügung, damit Bundesmittel gebunden werden können. Damit steigt der Landesanteil auf 157 Millionen Euro im Jahre 2027 und auf 169 Millionen Euro im Jahre 2028. Wir setzen klar und konsequent Prioritäten. Denn eines ist, wie wir sehen, auch klar: Der Markt allein löst die Herausforderungen nicht.

Mit 466 Millionen Euro im Jahre 2027 und 543 Millionen Euro im Jahre 2028 stellen wir eine wirklich starke Grundlage für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in Niedersachsen bereit. In beiden Jahren setzen wir dafür im Schnitt eine halbe Milliarde Euro ein.

Ein weiterer Baustein ist die geplante Nutzung von Mitteln aus dem Länderanteil des Sondervermögens für Infrastruktur des Bundes. Daraus sollen insgesamt 200 Millionen Euro, also jeweils 100 Millionen Euro im Jahre 2027 und 2028, als Zuschüsse in die soziale Wohnraumförderung fließen und damit unmittelbar Investitionen ermöglichen.

Das Ziel ist klar: Wir wollen bauen, wir wollen schneller bauen und wir wollen bezahlbarer bauen. Deshalb haben wir auch die Förderbedingungen des Landes zum 1. Juli 2026 in enger Absprache mit den beteiligten Akteuren umfassend weiterentwickelt und damit mehr Praxisnähe hergestellt. Wir reagieren auf die Realität steigender Baukosten und sorgen dafür, dass die Fördermittel dort ankommen, wo sie am dringendsten benötigt werden.

In diesem Kontext leistet auch die Wohnraum Niedersachsen GmbH einen bedeutenden Beitrag. Sie hat in kurzer Zeit eine solide Grundlage für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum erzielt. Der aktuelle Stand ist, dass der Aufsichtsrat die Übernahme von bisher 15 Wohnbauprojekten mit insgesamt 1 284 Wohneinheiten beschlossen hat. Sieben Projekte mit 590 Wohneinheiten sind beurkundet. Bei drei Wohnbauprojekten mit 200 Wohneinheiten sind der Spatenstich und die Grundsteinlegung erfolgt. Die Quote für die soziale Wohnraumförderung liegt über

alle 15 beschlossenen Projekte hinweg bei ungefähr 93 %. Auch das ist ein wirklich guter Wert. Sie hat sich damit sehr gut entwickelt und wird sich auch weiter gut entwickeln. Jede einzelne Wohnung, die über die Wohnraum Niedersachsen GmbH entsteht, ist eine Wohnung mehr, die wir in Niedersachsen haben.

Positives kann ich Ihnen auch zum Bereich Tourismus berichten. Wir gehören zu den beliebtesten Reisezielen Deutschlands. Ich finde das wenig erstaunlich. Es ist aber dann umso schöner, wenn das auch dokumentiert wird. Mit mehr als 15,8 Millionen Gästen und 47 Millionen Übernachtungen haben wir in 2025 Rekordwerte erreicht. Diese Werte gab es vorher noch nicht. Ich finde, das ist ein schöner Erfolg für alle Akteurinnen und Akteure im Tourismus. Wir belegen den vierten Platz im Bundesländervergleich. Knapp 8 % aller Erwerbstätigen in Niedersachsen sind direkt oder indirekt im Tourismus tätig. Damit ist die Tourismuswirtschaft die sechstwichtigste Branche Niedersachsens und damit natürlich auch für uns von besonderer Bedeutung.

Natürlich unterstützen wir die Tourismus Marketing Niedersachsen GmbH - TMN -, unsere hundertprozentige Tochter, die für Niedersachsen das Landesmarketing wahrnimmt und dafür Sorge trägt, dass wir weiterhin als Reiseland auch überregional wahrgenommen werden, nach Kräften. Wir stellen dafür erneut 4 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung.

Ganz besonders freut es mich, dass es uns gelungen ist, auch die Förderung für die Destinationsmanagementorganisationen - DMO - zu verstetigen. Auch dafür wurde im vergangenen Jahr über die politische Liste dankenswerterweise eine Summe von 2 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Diese Förderung wird für die Jahre 2027 und 2028 unverändert fortgeschrieben.

Außerdem setzen wir die Förderung der hoch prädikatisierten Tourismusorte fort. Auch dafür finden Sie im Haushalt weiterhin Ansätze von 2 Millionen Euro pro Jahr.

Der Tourismus profitiert natürlich auch von der GRW-Förderung. Am Tourismus ist zu erkennen, dass das Thema GRW mittlerweile das wichtigste Instrument der Regionalförderung geworden ist. Der Hintergrund ist folgender: GRW dient dem Ausgleich von wirtschaftlichen Nachteilen und soll gleichwertige Lebensverhältnisse fördern. Jährlich stehen dafür gut 77,5 Millionen Euro zur Verfügung, und zwar je zur Hälfte durch Landesmittel und Bundesmittel.

Die GRW-Förderung ist sehr gefragt. Das Antragsvolumen für das Jahr 2026 übersteigt das zur Verfügung stehende Mittelvolumen. Deshalb sind wir jetzt gerade dabei, uns beim Bund dafür einzusetzen, zusätzliche Mittel nach Niedersachsen zu holen, die wir in 2026 zusätzlich binden wollen, weil es voraussichtlich nicht allen Bundesländern gelingen wird, die ihnen zustehenden Mittel zu binden. Das ist eine für uns insgesamt wirklich erfreuliche Entwicklung. Diese Entwicklung bei der GRW-Förderung geht aber auch immer damit einher, dass das Gros der Investitionen durch die Unternehmen vor Ort geleistet wird. Auch dort verzeichnen wir eine vielfache Steigerung der Investitionen und Aufträge, aber auch in Bezug auf das daraus resultierende Entstehen neuer Arbeitsplätze.

Ein wichtiger und unverzichtbarer Bestandteil unseres Wirtschaftsstandortes sind unsere Start-ups. Start-ups schaffen neue Arbeitsplätze, leisten einen extrem wichtigen Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit, sorgen aber auch für Innovationen. Über die Entwicklung auch in diesem Bereich sind wir hoch erfreut. Mit 167 Start-up-Gründungen verzeichnen wir im Jahre 2025 das dritte Wachstumsjahr in Folge. Die Strategie, die hier verfolgt wird, ist erfolgreich. Das sage ich nicht,

um den Eindruck zu erwecken, dass wir uns jetzt ausruhen dürfen, sondern als Ansporn, diese Entwicklung konsequent fortzusetzen. Wir fördern neun Start-up-Zentren, wir fördern sieben Hightech-Inkubatoren. Das ist gut. Damit sind wir ein starker Standort für Start-ups. Jetzt gilt es aber, daran anzuknüpfen. Die Förderung von Start-ups soll nicht heruntergeschraubt, sondern weitergeführt werden. Gleichzeitig soll mit dem Thema Scale-up, also dem nächsten Schritt hin zur Schaffung von Wertschöpfung, der nächste Baustein gesetzt werden.

Ich möchte an dieser Stelle Ihren Blick auf die zusätzlichen Mittel in Höhe von jeweils 10 Millionen Euro in den Jahren 2027 und 2028 lenken. Wir werden diese 20 Millionen Euro im Wirtschaftsförderfonds veranschlagen. Sie sollen zur Stärkung von Innovationen in Unternehmen inklusive Start-ups und Scale-ups beitragen. Die Stärkung ist insbesondere für Zukunftsfelder vorgesehen, die als Schlüsseltechnologien die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit des Standorts stärken, also KI, Robotik, Quantentechnologie, Photonik, Biotechnologie, Bioprozesstechnik, Dekarbonisierung und Zirkularität.

In meinem Haus liegt auch die Zuständigkeit für den Gigabit-Ausbau. Wir werden dieses Projekt weiter unterstützen. Vom Bund bewilligte Projekte werden auch zukünftig mit Landesmitteln über unsere Richtlinie zur Förderung des Ausbaus in „Grauen Flecken“ und von „Lückenschlüssen“ kofinanziert. Neben den durch das Sondervermögen Digitalisierung hierfür zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln ist es meinem Haus gelungen, weitere Mittel in Höhe von 50 Millionen Euro aus den für Digitalisierungsmaßnahmen zur Verfügung stehenden Mitteln des Länderanteils des Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität einzuwerben. Wir haben in diesem Bereich viel erreicht. Niedersachsen liegt beim Glasfaserausbau auf Platz zwei der Flächenländer. Wir haben 72,27 % der Haushalte versorgt. Bundesweit liegt dieser Wert bei 48,91%. Das ist ein deutlicher Unterschied. Wir wollen unseren Vorsprung weiter ausbauen.

Ebenfalls im Haushalt enthalten ist die Thema EU-Förderung, die als Sondervermögen im Einzelplan 08 in drei Kapiteln veranschlagt ist. Der Hintergrund dafür ist relativ simpel zu erklären. Wie Sie wissen, unterstützt die Strukturfondsförderung EFRE und ESF+ mit ihren längerfristig planbaren Volumina den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in Europa. Das übergeordnete Ziel ist, Unterschiede im wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsstand in den verschiedenen Regionen zu verringern. Im Haushaltsjahr 2027 befinden wir uns noch in der Förderperiode 2021 bis 2027. In den dafür einschlägigen, Ihnen bekannten Kapiteln 5086 und 5087 sind keinerlei Veränderungen veranschlagt. Aber es gibt mit Kapitel 5085 ein neues, drittes Kapitel. Dieses Kapitel trägt dem Umstand Rechnung, dass es für die Förderperiode 2028 bis 2034 benötigt wird.

Auf EU-Ebene werden zukünftig die Unterteilung in die bisherigen Fonds EFRE und ESF sowie die Zuordnung zu den Gebietskategorien der stärker entwickelten Regionen und der Übergangsregionen entfallen. Insofern wird die Bewirtschaftung einfacher und wir werden auch flexibler im Einsatz der Mittel. Das ist gut. Aber aktuell ist der mehrjährige Finanzrahmen noch nicht verabschiedet. Wir können daher noch keine belastbaren Aussagen zu den zu erwartenden Mitteln treffen. Deshalb sieht der Haushaltsplanentwurf zunächst die Fortschreibung der Jahrestranche aus den alten Ansätzen vor.

Meine Damen und Herren, zusammengefasst ist es mir wichtig, Folgendes festzuhalten: Der Wirtschaftsstandort Niedersachsen ist attraktiv. Er ist attraktiv durch einen konsequenten Ausbau der Infrastruktur, eine konsequente Förderung der Wirtschaft und eine konsequente Förderung des Wohnungsbaus. Wir sorgen für Wachstum und stellen Wettbewerbsfähigkeit sicher.

Das ist uns besonders wichtig, denn wir wollen ein zuverlässiger Partner unserer Wirtschaft - Industrie, Handwerk, Tourismus, Baubereich - bleiben. Das ist das, was uns und was auch mich antreibt.

Ich möchte für die immense Vorarbeit in Richtung meines Hauses und der nachgelagerten Behörden einen ganz herzlichen Dank sagen für eine intensive, aber auch für eine fachlich hervorragende Arbeit. Ich finde, wir können mit dem Haushaltsplanentwurf sehr zuversichtlich in die Jahre 2027 und 2028 gehen.

Mitberatung

Abg. **Marcel Scharrelmann** (CDU): Vielen Dank, Herr Minister, für die Einbringung und Vorstellung des Haushalts und die ersten Erläuterungen dazu.

Wir sind uns einig: Der Standort Niedersachsen ist attraktiv. Das belegen nicht nur die Tourismuszahlen. Wir alle arbeiten daran, dass er weiterhin attraktiv bleibt, und weiterhin daran, neue Schwerpunkte im Bereich des Wirtschaftsressorts zu setzen.

Auch mein herzlicher Dank gilt allen beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Wirtschaftsministeriums für die Vorbereitung eines so großen Zahlenwerks mit so vielen Details, die einen langen Kraftakt bedeutet.

Werfen wir nun einen Blick auf die Einzelpositionen! Herr Minister, Sie haben gesagt, das Gesamtvolumen des Haushalts wachse deutlich von 3,6 auf ca. 3,95 Milliarden Euro an. Darin stimme ich Ihnen zu. Wenn wir uns allerdings die Entwicklung des Landesmittelanteils anschauen, dann erkennen wir, dass dieser in den kommenden Jahren von 30,4 % auf 27,6 % sinkt. Insofern hätte das Land in diesem Bereich deutlich mehr Eigenanteile einbringen können. Gestatten Sie mir daher die folgende Zuspitzung: Der Wirtschaftsetat wächst zwar auf dem Papier, aber wir sehen weniger Landesmittel als 2026 und insbesondere im Bereich der Dynamisierung an vielen Stellen keine zusätzlichen Mittel.

Ich möchte diese Feststellung an wenigen Punkten belegen. Wir haben über das Thema Landesstraßen gesprochen. Sie haben berichtet, dass das Volumen des Landesstraßenbauplafonds weiter unverändert bleibt. Im Hinblick darauf aber, dass in vielen Bereichen Kostensteigerungen zu verzeichnen sind - das betrifft bekanntlich insbesondere die Infrastruktur -, brauchen wir auch hier zusätzliche Mittel, damit die Leistungen in Bezug auf Bautätigkeit und Umsetzung von Straßenbau- und Brückenprojekten nicht sinken. Vor diesem Hintergrund haben wir uns deutlich mehr Mittel für Straßen und Radwege gewünscht.

Sie haben den Wirtschaftsförderfonds angesprochen. Ich möchte den Mittelstandsfonds ansprechen. Wenn ich richtig informiert bin, läuft dessen Mittelvergabe aus. Was ist stattdessen in Zukunft geplant?

Sie haben das Thema Start-ups angesprochen und gemeint, dass wir alle stolz darauf wären, das dritte Jahr in Folge ein Wachstum zu sehen. Wir haben aber das Gefühl, dass das Mittelvolumen sinkt: im Bereich der Digitalisierung um 200 000 Euro, beim Thema Start-up-Zentren von 1 Million Euro auf 800 000 Euro. Bitte erläutern Sie, warum das Mittelvolumen nominal sinkt.

Wie sollen die Mittel für die automobile Transformationsbegleitung verwendet werden, also was ist auf diesem Gebiet speziell geplant?

Insbesondere interessiert uns, wie die Globale Minderausgabe in den einzelnen Kapiteln und Titeln in den Jahren 2027/2028 und in den Folgejahren 2029/2030 konkret erwirtschaftet werden soll.

Abg. **Christoph Bratmann** (SPD): Ich bedanke mich namens der SPD-Fraktion beim Minister und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums für die Einbringung dieses Haushalts mit einem Gesamtvolumen, das in den vergangenen Jahren immer weiter aufgewachsen ist. Ich gehöre diesem Hohen Hause nun schon ein paar Jahre an. Der erste Wirtschaftshaushalt, an dessen Beschlussfassung ich beteiligt war, hatte nach meiner Erinnerung ein Gesamtvolumen von knapp 2 Milliarden Euro. An dem aktuellen Volumen wird deutlich, welche Entwicklung der Haushalt genommen hat und in welchem Umfang Investitionen notwendig sind.

Ich bin vor allem dafür dankbar, dass wir im Bereich des ÖPNV die hinteren Plätze im Ländervergleich verlassen haben und inzwischen sehr viel geschieht, um die örtlichen Verkehrsträger zu unterstützen und gerade im Bereich des Schienenverkehrs mit nennenswerten Investitionen unsere Hausaufgaben zu machen.

Auch im Bereich der Häfen, der Hafeninfrastruktur und der Schifffahrt passiert vieles. Es wird klar, dass sich die Investitionen insbesondere in Wilhelmshaven jetzt auszahlen. Das wird an dem Containerumschlag, der angewachsen ist und immer weiter anwächst, deutlich. Das heißt, hier sind schon in den vergangenen Jahren wichtige Zukunftsinvestitionen getätigt worden. Es ist richtig, dass jetzt nicht darin nachgelassen wird, auch an anderen Stützpunkten, beispielsweise in Cuxhaven, aber insbesondere auch im Bereich des JadeWeserPorts weiter in die Infrastruktur zu investieren.

Im Bereich der Städte- und Wohnraumförderung wird deutlich, dass die Wohnraum Niedersachsen GmbH nicht ein zahnloser Tiger ist, wie es die Opposition immer behauptet, sondern dass die Gründung der Wohnraum Niedersachsen jetzt erste erfreuliche Ergebnisse bringt. Wir sehen im Bereich der Städtebauförderung und im Bereich der Wohnraumförderung Erfolge. Es ist unglaublich wichtig, dass wir in diesen Bereichen nicht nachlassen. Der Sozialwohnungsanteil von 93 % ist insbesondere in den städtischen Kommunen, aber nicht nur da, wichtig.

Wir machen nicht nur in Sonntagsreden, sondern auch durch konkretes Handeln deutlich, dass der Tourismus eine wichtige Branche ist. Es ist vor Ort gut angekommen, dass die Tourismusförderung, die wir einst über die politische Liste eingestellt haben, nicht nur eine Eintagsfliege ist, sondern kontinuierlich weiter fortgeführt wird. Sinn und Zweck dieser Tourismusförderung ist, dass sie kontinuierlich fortgeführt wird. Wir werden zukünftig auch darüber reden müssen, die Förderung gegebenenfalls noch weiter auszubauen und sinnvoll mit der GRW-Förderung zu verknüpfen.

Beim Thema Start-ups war Niedersachsen nicht immer unter den Top-Bundesländern. Aber auch da holen wir deutlich auf; ich verweise auf das Jahr 2025, in dem eine Rekordzahl an Gründungen zu verzeichnen gewesen ist. Jeder Euro, der auf diesem Gebiet investiert ist, ist aus meiner Sicht absolut sinnvoll, weil Zukunftsbranchen unterstützt werden.

Wir sehen, dass wir auch im Bereich der Digitalisierung, etwa beim Glasfaserausbau, deutlich vorangekommen sind, und dürfen auch da nicht nachlassen.

Insgesamt ist das ein Haushalt, den wir ausdrücklich begrüßen, weil er aus unserer Sicht die richtigen Schwerpunkte setzt.

Ich habe nur eine einzige Frage. Sie sind auf die BEMU-Mittel und da vor allen Dingen auf den Bereich des SPNV eingegangen. Wir stehen im SPNV-Bereich mit den drei Aufgabenträgern LNVG, Regionalverband Großraum Braunschweig und Region Hannover bekanntlich ziemlich unter Druck, und zwar einerseits durch die Investitionen in die Elektrifizierung von Zügen und andererseits durch Preissteigerungen sowohl im Energiebereich als auch im Personalbereich. Ich möchte wissen, wie die Unterstützung dieser drei Aufgabenträger im SPNV-Bereich hinsichtlich der Aufgaben, die ich gerade skizziert habe, erfolgt.

Ansonsten begrüßen wir diesen Haushalt, weil er die richtigen Schwerpunkte setzt.

Abg. **Omid Najafi** (AfD): Vielen Dank, Herr Minister, dass Sie hier sind und den Haushalt vorgestellt haben. Die meisten Regelungen, die uns größere Wirtschaftsprobleme bereiten, werden vom Bund und von der EU beschlossen. Letzten Endes soll dieser Haushalt den Bereich Wirtschaft, Verkehr, Bau und Digitalisierung abdecken. Vor dem Hintergrund, dass 370 000 Arbeitsplätze direkt oder indirekt an der Automobilindustrie hängen, ist noch nicht ausgemacht, wie sich der große Arbeitsplatzabbau bei Volkswagen auf die Automobilindustrie auswirken wird.

Wir haben bekanntlich noch mit den Schlaglöchern aus dem letzten Winter zu kämpfen, und der nächste Winter steht bereits vor der Tür. Im Landesstraßenbauplafond wurde das Mittelvolumen für den Erhalt von Landesstraßen um 14 Millionen reduziert, während der Ansatz für Umbau und Ausbau von Landesstraßen gestiegen ist. Wie kommt es zu der Reduktion um 14 Millionen Euro?

Inwieweit sind von der LNVG die 200 Millionen Euro aus dem letzten Haushalt für die Elektrozüge abgerufen worden? Hier bin ich an einer Bestandsaufnahme interessiert.

Sind für die Fahrzeugbeschaffung beim ÖPNV alle Mittel abgegriffen wurden? Ich glaube, es handelte sich bei den Elektrofahrzeugen um einen Betrag von 45 bis 50 Millionen Euro. Da sollte bekanntlich eine Umstellung stattfinden.

Schließlich haben Sie noch einige Worte zur Landeswohnungsgesellschaft verloren. Laut Ihren letzten Aussagen sollten im Jahr 2025 700 neue Wohnungen entstehen bzw. angestoßen werden. Im Jahr 2026 ist von 800 Wohnungen die Rede. Das wären zusammen 1 500 neuen Wohnungen. Sie meinten, wir wären aktuell bei 1 284 Wohnungen. Inwieweit werden wir die Zielmarke 1 500 Wohnungen erreichen? Wie viele Mittel von den 300 Millionen Euro wurden bis jetzt ausgeschöpft? Müssen in dem Bereich noch Mittel nachgeschossen werden?

Sie hatten die Aussage getätigt, dass Niedersachsen wirtschaftlich im Jahre 2025 um 0,7 % gewachsen sei. Verfügen Sie auch über Information zu den Zahlen für das erste Halbjahr 2026? Ist Ihnen bekannt, wie viel davon auf Staatsausgaben zurückgeht und wie viel von der Privatwirtschaft getragen wird, da vor allem durch das Sondervermögen und die Investitionen bzw. die Förderung der Bundeswehr sehr viel in das BIP einfließt, und wie viel davon privatwirtschaftlich und wie viel davon staatlich getragen ist?

Abg. **Heiko Sachtleben** (GRÜNE): Es ist immer sehr „schön“, als vierter Sprecher zu reden; aber das bin ich ja gewöhnt. Ich bedanke mich beim Ministerium für die Vorlage dieses Haushaltes und auch beim Minister für die ausführliche Vorstellung.

Ich freue mich sehr über diesen Haushaltsentwurf, weil es sich um einen gewachsenen Haushalt handelt, dessen Volumen angestiegen ist und mit dem wir gestalten können. In Wirtschaftsausschüssen unserer benachbarten Bundesländer wird darüber diskutiert, inwieweit eingespart werden kann. Wir können mit unserem Haushalt immer noch gestalten.

Ja, Herr Scharrelmann, auch ich würde mir mehr Mittel wünschen. Aber wir dürfen auch nicht verkennen, dass wir von der Vorgängerregierung gerade in Bereichen, die für unsere Bürgerinnen und Bürger wichtig sind, gerade im Straßenbauplafond und im Bereich Wohnen, Ansätze übernommen haben, die erst einmal wieder auf einen vernünftigen Stand zurückgeführt werden mussten.

Damit bin ich bei den Punkten Wohnen und ÖPNV - zwei Punkte, die für unsere Gesellschaft und ein friedliches Zusammenleben wichtig sind. Es ist sehr erfreulich, dass wir diesmal so viele Mittel für den Wohnungsbau und die Wohnungsbeschaffung bereitstellen können. Das gilt insbesondere für den sozialen Wohnungsbau. Die Rolle der Wohnraum Niedersachsen ist in diesem Zusammenhang nicht zu unterschätzen. Diese Sozialquote von 93 % ist immens. Wir übernehmen von vielen Bauprojekten den Teil, der für die freie Wirtschaft unattraktiv ist, um diese Bauprojekte insgesamt nach vorne zu bringen.

Es ist beruhigend, dass wir es geschafft haben, bei der Finanzierung der Verkehre im ÖPNV einen substanziellen Schritt nach vorne zu gehen, und in Anbetracht des nahenden Betriebszeitendes der Dieselfahrzeuge eine Lösung für die BEMU-Fahrzeuge gefunden haben. Auch wenn wir entscheiden würden, die Verbrenner noch ein bisschen länger zu betreiben, so müssten wir doch zur Kenntnis nehmen, dass es dafür keine Alternativbeschaffung gibt. Es ist nicht nur beruhigend, sondern hervorragend, dass es mit diesem Haushalt gelungen ist, für die BEMU-Fahrzeuge eine Finanzierung zu sichern; denn das ist die Grundlage unserer Verkehrswende.

Ich finde es sehr richtig und sehr gut, dass wir den Tourismus endlich nicht mehr als das vielleicht nicht notwendige Sahnehäubchen sehen, sondern mittlerweile erkannt haben, dass er ein wichtiger Teil des Rückgrates der wirtschaftlichen Existenz Niedersachsens ist. Beispielhaft führe ich die Küstenfischerei an. Immer mehr Küstenfischereibetriebe leben nicht nur davon, Fische für unsere Ernährung aus dem Wasser zu holen, sondern auch vom Tourismus. In Anbetracht dieser Bedeutung der Küstenfischerei ist es hervorragend, dass die Mittelansätze hierfür nicht nur verstetigt werden. In der Summe sind diese Fördersummen zwar nicht unglaublich hoch, aber für die einzelnen Betriebe existenziell bedeutend.

Es ist sehr beruhigend, dass wir mit dem Wirtschaftsförderfonds ein überjähriges Instrument haben, das hinsichtlich der Vielfalt der Einsatzmöglichkeiten einem Werkzeugkoffer gleichkommt, mit dem wir sehr individuell und zeitgemäß auf Fördermöglichkeiten und Probleme reagieren können. Es ist auch sehr beruhigend, dass wir innerhalb dieses „Werkzeugkoffers“ einen Innovationsfonds auflegen, um das, was notwendig ist, voranbringen zu können.

Ich kann aus der Sicht eines Grünen sagen, dass ich sehr zufrieden bin, dass wir mit diesem Wirtschaftshaushalt innovativ, nach vorne gewandt und sozial ausgewogen in die Verhandlungen gehen.

Minister **Tonne** (MW): Herzlichen Dank für die Äußerungen und die an mich gerichteten Fragen.

Die Frage, ob wir bei der Veranschlagung der Investitionsmittel an Dynamisierung gedacht haben, möchte ich wie folgt beantworten:

Erstens. Wir haben im Haushalt klare Schwerpunkte gesetzt. Wir sprechen hier übrigens nicht über einen Landeshaushalt, bei dessen Aufstellung die Ministerien ein Wünsch-dir-was-Konzert umsetzen konnten, sondern über einen Landeshaushalt, bei dem jedes Haus aufgefordert war, sehr klare Schwerpunkte zu setzen.

Deswegen habe ich Ihnen unter anderem am Beispiel des ÖPNV dargestellt, dass wir an sehr vielen Stellen - dort, wo Bundesmittel zur Verfügung stehen -, dafür Sorge tragen wollen, dass wir mit den Landesmitteln auch Bundesmittel binden können, weil sich dadurch ein Vielfaches an Mitteleinsatz für Niedersachsen ergibt. Diesen Aspekt gilt es bei der Frage, wo zusätzliche Mittel eingesetzt werden sollen, immer abzuwägen. Es ist mir wichtig, dass wir das klare Signal geben können, dass wir auch dann, wenn der Bund Förder- und Unterstützungsprogramme steigert, aus niedersächsischer Sicht mithalten können. Das ist einer der wesentlichen Schwerpunkte, die die Veranschlagung im Haushalt bestimmen.

Zweitens. Wir führen auf Bundesebene in Bezug darauf, wie Sondermittel einzusetzen sind, noch ganz andere Debatten. Wir können die Sondermittel zusätzlich zu den Mitteln, die wir im Kernhaushalt durchschreiben, einsetzen.

Drittens. Wir haben mit allen Beteiligten vereinbart und von denen auch entsprechende Rückmeldungen erhalten, dass wir nur dort Summen einsetzen, wo sie innerhalb eines Jahres verwendet werden können. Es hilft uns nichts, Mittel einzustellen und am Ende des Jahres festzustellen, dass sie nicht für konkrete Maßnahmen verwendet werden können.

Wir haben mit den Sondermitteln eine sehr flexible Möglichkeit, entsprechend zu reagieren, weil wir mit ihnen nicht in dieselbe Haushaltssystematik eingebunden sind, wie es bei den Mitteln des Kernhaushalts der Fall ist.

Wir können also bei veränderten Rahmenbedingungen flexibel reagieren. Wir haben grundsätzlich verabredet, dass wir dann, wenn mehr Maßnahmen umgesetzt werden können, die Möglichkeit haben wollen, entsprechend reagieren zu können. Diese Flexibilität im Handeln haben wir hier insgesamt gut abgebildet.

Herr Kollege Scharrelmann, der Mittelstandsfonds ist bereits im Jahre 2026 ausgelaufen und in das Kapitelwerk integriert worden.

Ich habe nicht gesagt, dass wir bei den Start-ups Mittel verlagern. Für Start-ups enthielt der Haushalt für 2026 einen einmaligen Ansatz. Das heißt, der Mittelansatz wird jetzt in dem vorher bestehenden Umfang fortgeschrieben. Das ist aber eine verlässliche Finanzierung für alle Beteiligten, die damit umzugehen haben.

Das, was wir als Innovationsfonds auflegen, ist eine zusätzliche Maßnahme. Das heißt, wir haben zusätzlich 10 Millionen Euro im Jahre 2027 und zusätzlich 10 Millionen Euro im Jahre 2028, um daran anknüpfen und die Entwicklung für uns wichtiger Zukunftsthemen unterstützen zu können. Damit spielen diese Mittel in der Kette der Start-ups und Scale-ups natürlich eine wichtige Rolle, sind aber nicht darauf beschränkt. Insofern ist das nicht eine zusätzliche Förderung, die ausschließlich für Start-ups bestimmt ist.

Christoph Bratmann hat nach den BEMU-Mitteln gefragt. Wir sehen tatsächlich gerade bei den BEMU erhebliche Kostensteigerungen. Wir sind mit allen Beteiligten in einem, wie ich finde, sehr vernünftigen Austausch und werden uns als Land nicht aus der Verantwortung stehlen, indem wir sagen, dass das nicht unser Problem ist, sondern arbeiten mit allen Beteiligten daran, auch eventuelle Mehrbedarfe auskömmlich bedienen zu können. Wenn wir das bewerkstelligt haben, können wir Sie darüber gerne informieren. Gelegentlich kursiert der Hinweis, wir würden bei der Informationsweitergabe Einzelne vernachlässigen. Diesen Vorwurf kann ich sehr deutlich zurückweisen. Das ist nicht der Fall. Das gilt für alle Beteiligten - auch für die, die das immer wieder gerne behaupten. Diese Behauptung ist sachlich nicht begründbar.

Herr Najafi hat gefragt, inwieweit die 200 Millionen Euro für Elektrofahrzeuge abgerufen worden sind. Soweit ich weiß, läuft gerade das Ausschreibungsverfahren. Wir sind bemüht, Ihnen dazu die konkreten Zahlen zu nennen.

Sie haben recht, wenn Sie sagen, dass wir bei der Fertigstellung von Wohnungen noch nicht da sind, wo wir sein wollen. Das Signal von heute ist aber nicht, dass wir mit der Arbeit aufhören, sondern die Arbeit wird fortgesetzt. Von daher sind wir sehr zuversichtlich, dass wir die angestrebten 1 500 Wohnungen in kürzerer Zeit erreichen können.

Sie haben nach dem Wirtschaftswachstum im ersten Halbjahr 2026 gefragt. Ich meine, ich habe die Zahl gesehen, müsste jetzt aber raten, was ich aber nicht tue. Wir können Ihnen die Zahl nachliefern. Das Wachstum, das wir haben, ist aus nachvollziehbaren Gründen auf den erheblichen Einsatz von Mitteln für verteidigungsindustrielle Produkte und für Infrastrukturprojekte zurückzuführen.

Ich füge hinzu: Es war doch auch gewollt, durch den Einsatz staatlicher Gelder für Investitionen für Auftragseingänge zu sorgen, um auf diese Weise zur Stabilisierung beizutragen. Wir sind uns bewusst, dass dieses Mittel zur Stabilisierung nicht genutzt werden darf, um sich danach entspannt zurücklehnen, sondern dass weitere Anstrengungen zur Verbesserung des Wirtschaftswachstums nötig sind.

Ich bedanke mich herzlich bei allen denen, die bei den Schwerpunktsetzungen Unterstützung leisten. Haushaltsaufstellungen ist immanent, dass nicht immer alles zu finanzieren möglich ist. Ich meine aber, dass wir mit den Schwerpunkten, die wir sehr bewusst ausgewählt haben, in das Land ein klares Signal für Verlässlichkeit, Planbarkeit und Sicherheit aussenden. Das gilt mit Blick auf Wirtschaft sowohl dort, wo es Herausforderungen gibt, als auch dort, wo es Chancen gibt - das gilt mit Blick auf den Wohnungsbau und das gilt mit Blick auf die Infrastruktur. Es gibt eine Erwartungshaltung, dass wir die Probleme in diesen Bereichen in den Griff bekommen werden müssen. Das, was wir dazu beitragen können, liefern wir aus Landessicht mit diesem Haushalt. An vielen Stellen aber erwarten wir auch das Zusammenspiel mit der Bundesebene.

MDgt **Eule** (MW): Die Globale Minderausgabe ist ein Instrument, das uns jedes Jahr von Neuem ereilt. Wir haben jetzt 9,5 Millionen Euro zu erbringen. Wir haben für 2026 8 Millionen Euro zu erbringen. Wir hatten für 2025 9,358 Millionen Euro zu erbringen, um die konkrete Zahl zu nennen.

Sie wissen, dass wir im Wirtschaftsministerium so vorgehen, dass wir gerade nicht Ansätze sperren, um anschließend sicher zu sein, dass wir die Globale Minderausgabe erbringen können. Ich meine, das haben wir in den letzten 20 Jahren nicht mehr gemacht. Wir erbringen die Globale Minderausgabe vielmehr da, wo Haushaltsreste übrigbleiben. „Globale Minderausgabe“ bedeutet: Es muss am Jahresende Geld liegen bleiben, damit die Globale Minderausgabe erbracht wird.

Jeder weiß, wenn eine Landesregierung im Sommer des Vorjahres einen Haushalt beschließt, enthält dieser auch Ausgaben, die im weiteren Jahresverlauf in toto nicht gebraucht werden. Es ist doch gerade der Sinn der Globalen Minderausgabe, dass das, was zu viel ist, global geschätzt wird und dann eingestellt wird, um dieses Geld nicht jedes Jahr liegen zu lassen, sondern um mit dem Geld etwas anderes zu machen. Dem folgend, verfahren wir so, dass wir die Titel ganz normal bewirtschaften, sie also nicht mit einer Sperre versehen, und sich das Haushaltsreferat am Anfang des nächsten Jahres anschaut, wo Geld liegen geblieben ist. Dieses Geld reicht aus, um die Globale Minderausgabe zu erbringen. Das liegen gebliebene Geld kann mal im Bereich von Elektrofahrzeugen vorhanden sein, es lag in der Vergangenheit auch mal im Bereich von Wohngeld. Von überall dort, wo zu viele Mittel veranschlagt sind, wo Mittel nicht abfließen konnten und keine Reste verbraucht wurden, nehmen wir diese Mittel.

Sie können natürlich fragen, was dann zu tun ist, wenn diese Rechnung einmal nicht aufgeht. Theoretisch ist so etwas möglich, aber so eine Situation hatten wir noch nicht. In den letzten 15 bis 20 Jahren sind wir mit den Schätzungen immer gut gefahren. Wir können uns aber auch mal irren, und dann könnte die Globale Minderausgabe nicht bedient werden. In dem Moment müssten wir Reste kürzen und dürften Reste in der Höhe der Differenz zwischen der veranschlagten Globalen Minderausgabe und den tatsächlich nicht verausgabten Mitteln nicht anmelden.

Abg. **Reinhold Hilbers** (CDU): Vielen Dank, Herr Minister, für den Vortrag und für die Einordnung der wirtschaftlichen Lage, die ich uneingeschränkt teile. Wir stehen vor großen Herausforderungen. Ich habe die IAA Transportation besucht. Da konnte man die chinesische Konkurrenz hautnah erleben. Gerade wir als Automobilland stehen vor großen Herausforderungen. Ich teile insoweit das, was Sie hierzu sagen, ausdrücklich.

Sie haben gesagt, die Lage sei maßgeblich für das Handeln. Die heutige Aussprache bietet bekanntlich die Gelegenheit, sich etwas grundsätzlicher zu äußern. Deshalb gestatten Sie mir folgenden Hinweis: Die Größenordnung Ihres „maßgeblichen Handelns“ entspricht nicht Ihrer Analyse der Lage. Ich will den Hintergrund schildern. Sie haben viele Investitionsbereiche genannt, in denen Sie zusätzlich Geld ausgeben können. Im Wesentlichen investieren Sie in diesem Landeshaushalt gar nicht so sehr viel, sondern es wird stattdessen sehr viel konsumtiv ausgegeben. Es stellt sich daher die Frage, wie diese Mittel in Richtung Investitionen hätten gelenkt werden können.

Um diese Behauptung zu untermauern, lassen Sie mich zwei Mipla-Zahlen zum Vergleich heranziehen. Das eine ist die Mipla 2023; das ist schon die Mipla Ihres Finanzministers. Darin sind

Investitionen im Umfang von 2,378 Milliarden Euro verankert. Damals durfte man noch nicht von der Möglichkeit der Verschuldung Gebrauch machen, damals galt noch die strenge Schuldenbremse, und somit war eine strukturelle Verschuldung ausgeschlossen.

In diesem Etat soll eine strukturelle Verschuldung im Umfang von 1,4 Milliarden Euro etatisiert werden, und die Investitionen liegen bei 2,824 Milliarden Euro. Es sind also ca. 340 Millionen Euro aufgewachsen; der Rest aus der Neuverschuldung in Höhe von 1,4 Milliarden Euro ist in andere Kanäle geflossen. Die Mittel fließen auch leider nicht in dem von Ihnen dargestellten Umfang in den Bereich der Wirtschaft.

Wer die Verlautbarungen des Finanzministers zum Haushaltsaufstellungsverfahren liest, der erfährt, dass erst ganz am Ende mal von Klima und Infrastruktur die Rede ist. Vorher aber wird klargestellt, dass die Mittel im Wesentlichen in Bildung, Sicherheit und ÖPNV - dazu sage ich gleich noch etwas -, in Justiz und zu den Kommunen fließen. Das sind Bereiche, die nicht unmittelbar das Wirtschaftsministerium betreffen. Wenn nach Ihrer Aussage augenblicklich die Wirtschaft das ist, was maßgeblich für das Handeln ist, dann müsste zumindest das Volumen der Landesmittel, die mittelfristig für diesen Bereich ausgekehrt werden - mein Kollege hat darauf hingewiesen -, steigen.

Inwieweit haben Sie im Wirtschaftsförderfonds - auch ausfinanzierte - Vorsorge dafür getroffen, dass das Land die Salzgitter AG auf dem Weg der Transformation weiterhin unterstützen kann? Die Salzgitter AG hat zwar den Bau ihres zweiten Hochofens zurückgestellt, aber ungeachtet dessen ist diese Investition zweifellos weiterhin notwendig, um CO_2-freien Stahl zu erzeugen. Es ist wichtig, sich auf die Förderung dieser weiteren Investition vorzubereiten. Sind Sie darauf vorbereitet?

Nun wende ich mich der Automotive-Industrie zu. Sie haben im Haushaltsplanentwurf wieder Mittel für einen Automobildialog veranschlagt. Es stellt sich die Frage, ob im Rahmen eines solchen Transformationsprozesses neue Programme hätten aufgelegt werden müssen, also mehr hätte getan werden müssen. Ich weiß, man kann immer mehr tun, aber es geht hier auch um Schwerpunktbildung: Wie viele Mittel landen tatsächlich im wirtschaftlichen Bereich, und wie viele Mittel landen woanders?

Das gilt auch für den Straßenbau, den der Kollege schon angesprochen hat. Sie haben gesagt, dass bei den Landesstraßen nicht gekürzt worden sei. Das ist sehr freundlich von Ihnen. Während allerdings dauernd Kostensteigerungen festgestellt werden, ist der entsprechende Mittelansatz von 114,3 Millionen Euro in der Mipla unverändert fortgeschrieben worden. Aus dem Sondervermögen kommen in den nächsten Jahren insgesamt 500 Millionen Euro, aufgeteilt auf mehrere Jahre. Es stellt sich dabei die Frage, ob von den insgesamt 9 400 Millionen Euro, die auf Niedersachsen entfallen, nur 500 Millionen Euro in den Straßenbau investiert werden müssen. Ich finde, die wesentlichen Infrastrukturbereiche in einem Flächenland wie Niedersachsen sind nun einmal die Straßen und somit auch von elementarer Bedeutung. Deshalb hätten eigentlich mehr Mittel aus dem Sondervermögen für die Straßeninfrastruktur vorgesehen werden müssen. Ihre Investitionen in viele Bereiche, die Sie soeben zu Recht gelobt haben, basieren doch ganz wesentlich darauf, dass der Bund diese Mittel - das sind Mittel aus Verschuldung - zur Verfügung stellt. Diese Mittel müssen unsere Infrastruktur stärken und müssen dafür auch dort ankommen.

Gestatten Sie mir nun noch ein paar Worte zum ÖPNV und zum SPNV. Wenn Sie jetzt bei den Mitteln für die Schülerbeförderung - als Randbemerkung: dass sie entnommen wurden, ist übrigens zu Ihrer Regierungszeit geschehen - etwas ändern, dann tun Sie das doch, weil Sie die Risiken von Ausgabensteigerungen deutlich abfedern müssen. Wenn Sie das Deutschlandticket jetzt gesetzlich absichern, dann müssen Sie auch dafür Sorge tragen, dass es durchfinanziert ist. Wie werden die Ausgaben denn zukünftig dynamisiert, falls die Kosten weiter deutlich steigen? Sie müssen dieses Angebot doch auch wirtschaftlich absichern.

Inwieweit ist denn der Aufwuchs beim SPNV ganz wesentlich dadurch begründet, dass die Trassenpreise steigen? Es gibt ein Gerichtsurteil zu den Trassenpreisen. Das belastet auch ganz erheblich unsere Trassenpreise. Wenn Sie hier nichts angepasst hätten, hätten Sie insgesamt Leistungen kürzen müssen. Insofern sind diese Ausgabensteigerungen nicht nur alles Wohltaten, die vom Himmel fallen - als wären nun in riesigem Umfang Mehrleistungen möglich. Vielmehr vermeiden Sie mit den Ausgabensteigerungen, sportlich ausgedrückt, doch einzig und allein, dass uns die Bude um die Ohren fliegt, was passieren würde, wenn wir nichts täten. Ich möchte vor diesem Hintergrund wissen, inwieweit diese Trassenpreiskompensation eine Rolle spielt. Ich glaube, dass ein wesentlicher Teil der Ausgabensteigerung dazu dient, dass weiterhin ÖPNV und SPNV betrieben werden kann. Das gilt auch für Themen wie das Ausbildungsticket. Mit diesen Ausgabensteigerungen machen Sie aus der Not eine Tugend. Sie hätten diese Ausgabenbereiche aber ohnehin finanziell verstärken müssen, um sie überhaupt weiter lebendig zu halten und die Kommunen davon abzuhalten, andernfalls Leistungen abzubestellen oder aus dem Angebot des Deutschlandtickets auszusteigen, denn das alles muss ja auch finanziert werden.

Nach meinem Eindruck erfolgt der wesentliche Aufwuchs der investiven Mittel im Wohnungsbau dadurch - andernfalls korrigieren Sie mich bitte -, dass die Bundesmittel angehoben werden. Der Anteil der Landesmittel steigt in einem prozentual wesentlich geringeren Anteil als die Bundesmittel an. Die Überlegungen, die hierzu zusätzlich angestellt werden können, sind somit überwiegend Bundesmitteln geschuldet.

Nun möchte ich noch etwas zur Wohnraum Niedersachsen GmbH sagen. Dadurch, dass sie immer nur Projekte übernimmt, werden keine zusätzlichen neuen Projekte initiiert. Es wäre besser, eine Landesförderung aufzulegen, damit die Projekte, die Menschen schon projektiert haben, mit einer geringen Förderung umgesetzt werden könnten. Dann würde viel mehr privates Kapital für den Wohnungsbau freigesetzt. Das zeigt schon, dass die Vergabe von Mitteln durch die Wohnraum Niedersachsen GmbH ein sehr kompliziertes und sehr ineffektives Verfahrensmodell ist, durch das viel Geld gebunden wird, ohne dass am Ende so viele Wohnungen geschaffen werden, wie es möglich gewesen wäre, wenn dafür privates Kapital mobilisiert worden wäre und die Möglichkeiten der Beteiligung Privater genutzt worden wären. Wenn viele Wohnungen gebaut werden, profitieren davon immer auch die Mieterinnen und Mieter.

Ich vermisse eine grundlegende Industriestrategie, die sich in Haushalttiteln wiederfindet. Sie haben an verschiedenen Stellen Ihres Vortrags ausgeführt, was Sie tun. Eine durchgängige Industriestrategie, die wirklich einen Mehrwert für Niedersachsen ausmacht, aber kann ich in dem Zusammenhang nicht erkennen, etwa indem Sie Verbünde knüpfen oder darauf setzen, Wertschöpfungsketten zu verdichten und stabiler zu machen, und unsere Wettbewerbsfähigkeit erhöhen. Es müsste mehr für Infrastruktur, auch mehr für die Wasserstoffinfrastruktur und Ähnliches, in unserem Land getan werden.

Minister **Tonne** (MW): Ich schichte die Äußerung von Herrn Hilbers einmal ab, indem ich zwischen Fragen und Statements unterscheide. Möglicherweise unterscheiden sich unsere Einschätzungen bei den Statements; das könnte in der Natur der Sache liegen. Ich versuche ungeachtet dessen, ein paar Punkte aufzugreifen.

Sie sprachen den Wirtschaftsförderfonds an und erwähnten in dem Zusammenhang beispielhaft die Unterstützung der Salzgitter AG. Bei den Mitteln, die für IPCEI-Projekte zur Verfügung gestellt werden, hat es keine Veränderung gegeben. Es wurden weder Mittel zurückgegeben noch anderweitig Veränderungen vorgenommen.

Ich erlaube mir den Hinweis, dass die Rechnung, dass von den 9,4 Milliarden Euro nur 500 Millionen Euro für Landesstraßen verwendet werden, unzutreffend ist. Bitte führen Sie sich vor Augen, dass die Hälfte der Mittel an die Kommunen adressiert worden ist. Ich habe nicht vernommen, dass Sie dem widersprochen haben.

Es gibt viele Bereiche, in denen wir investiv tätig werden müssen, weil alle diese Investitionen der guten Zukunftsfähigkeit Niedersachsens dienen. Exemplarisch sind diese zusätzlichen 500 Millionen Euro für Landesstraßen.

Abg. **Reinhold Hilbers** (CDU): Für Katzen haben wir auch Geld.

Minister **Tonne** (MW): Ich habe weder privat noch im Haushalt dafür Geld eingestellt. - Diese 500 Millionen Euro, lieber Herr Hilbers, gab es noch nie zusätzlich für Landesstraßen. Ich finde, das ist der Vergleich, der zählt. Mittel in dieser Größenordnung hat es übrigens auch in früheren Zeiten nicht gegeben, lieber Kollege. Auch damals hätten wir schon mehr Mittel für Landesstraßen und Radwege dringend benötigt.

Zu den Regionalisierungsmitteln erlaube ich mir den Hinweis, dass es zwei Einschnitte waren, bei denen Mittel ausgenommen wurden. Der erste Einschnitt erfolgte zuzeiten einer SPD-Regierung, der zweite Einschnitt erfolgte in der Amtszeit des Kollegen Möllring. Insofern steht es in Bezug auf Einschnitte bei den Regionalisierungsmitteln zwischen uns eins zu eins. Jetzt wird diese Problematik gerade behoben und begradigt. Von daher ist das ein Punkt, der mich erfreut.

Sie haben die Trassenpreise angesprochen. Ja, die Folgen des Gerichtsurteils sind enthalten. Wir haben dafür 48 Millionen Euro in den Haushalt eingestellt, um Unsicherheiten von vornherein zu vermeiden. Wir haben aber nach wie vor sowohl politisch wie auch rechtlich die klare Erwartungshaltung an den Bund, dass das eine Aufgabe ist, die der Bund wahrzunehmen hat. Darauf hatte ich in meiner Vorstellung verwiesen. Wir werden aber keine bleierne Unsicherheit über Niedersachsen legen, indem wir die Folgen des Urteils nicht in unseren Haushaltsplanungen berücksichtigen, sondern werden Mittel bereitstellen. Wir werden aber auch nicht aufgeben, Rückforderungen gegenüber dem Bund geltend zu machen.

Die Wohnraum Niedersachsen GmbH betrachten wir anscheinend aus sehr unterschiedlichen Blickwinkeln. Ich will Ihnen sehr deutlich sagen: Die Projekte, die wir initiieren, wären ansonsten nicht umgesetzt worden. Sie betreffen projektierte, aber derzeit aufgrund der Rahmenbedingungen nicht umgesetzte Wohnungsbauten. Wenn wir die Wohnraum Niedersachsen nicht hätten, die diese projektierten Wohnungen bauen lässt, dann gäbe es diese Wohnungen nicht. In einer Lage, in der wir zu wenig Wohnungen haben, gilt es, jede Option, die wir haben, zu nutzen, um unserer Verantwortung gerecht zu werden. Das gilt jetzt und mit allem Engagement auch für

die Zukunft. Herr Hilbers, Sie haben behauptet, es würden keine neuen Wohnungen gebaut. Dem widerspreche ich vehement. Es werden jetzt Wohnungen gebaut, die es sonst nicht geben würde - Wohnungen, die wir jetzt benötigen.

Bei Ihren Ausführungen zur Industriestrategie habe ich insbesondere beim Stichwort „Wasserstoff“ aufgehorcht. Ich finde, das ist ein sehr gutes Stichwort. Wir sind in Niedersachsen sehr klar aufgestellt. Wasserstoff ist eine der Zukunftstechnologien, mit der wir entlang der gesamten Wertschöpfungskette allerbeste Bedingungen hätten, voranzukommen. Lassen Sie es uns in dieser Runde doch einmal deutlich ansprechen: Wir kommen nicht voran, weil die Bundeswirtschaftsministerin kein entsprechendes Signal gibt, dass ihr das Thema Wasserstoff wichtig ist, und damit bei allen Investoren in diesem Land Unsicherheit verbreitet, mit der Folge, dass sie ihre Projekte auf „hold“ setzen. Lieber Kollege Hilbers, wenn wir uns darin einig sind, dann freue ich mich auf den gemeinsamen Antritt bei Frau Reiche, um ihr zu sagen: Jetzt lege endlich mal den Schalter um und ermögliche in Niedersachsen erhebliche Investitionen und ermögliche eine erhebliche Anzahl von Arbeitsplätzen! Am besten machen wir das bei der Gelegenheit auch für den Bereich des Offshore-Ausbaus deutlich, um zu vermeiden, dass wir in diesem Segment einen Abschwung erleiden und damit in eine Falle reintappen, in die wir in Niedersachsen schon beim Thema Solarenergie schon einmal getappt sind. Lassen Sie uns gemeinsam nach Berlin gehen und sagen: Bitte bringt jetzt mal endlich Schwung in die Sache und setzt dort nicht die falschen Schwerpunkte! Ich wäre Ihnen für eine solche Aktion zutiefst dankbar.

MDgt **Eule** (MW): Ich möchte etwas zum Deutschlandticket sagen. Sie haben gesehen, dass wir den Ansatz von 120 Millionen Euro durchgeschrieben haben. Wir haben den Ansatz so bemessen, dass wir damit einen Puffer haben. Im Moment besagen die Bundeszahlen, dass es für Niedersachsen nicht 120 Millionen Euro geben wird. Wir sind aber bei dem Ansatz von 120 Millionen Euro geblieben, weil wir darauf setzen, dass seitens des Bundes doch mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden. In dem Moment, in dem sich diese Annahme als zutreffend erweist, wollen wir als Landesregierung in der Lage sein, Mittel in diesem Umfang gegenzufinanzieren. Deshalb werden die 120 Millionen Euro aus den vergangenen Haushaltsjahren eins zu eins in den Haushaltsplanentwürfen 2027 und 2028 fortgeschrieben und nicht irgendeine Phantomzahl von vielleicht 80 Millionen Euro angenommen, die von Akteuren auf der Bundesebene manchmal zu hören ist.

Abg. **Tamina Reinecke** (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Minister und dem ganzen Haus, für die Ausarbeitung dieses, wie ich finde, wirklich zukunftsorientierten Haushaltes. Auch herzlichen Dank dafür, dass jetzt auch die Tourismusfinanzierung im Vergleich zum Anfang der Legislatur einen großen Schritt weitergekommen ist. Die landeseigene Tourismus Niedersachsen GmbH ist weit mehr als eine Werbeagentur. Sie ist nämlich so etwas wie ein Thinktank im Tourismus geworden - nicht nur in Niedersachsen, sondern auch mit Strahlkraft über Niedersachsen hinaus. Diese Strahlkraft basiert auch auf der sehr guten Zusammenarbeit zwischen Ihrem Haus, der TMN, aber auch vielen Akteuren vor Ort in ganz Niedersachsen. Die Klimafolgenanpassungsstrategie-Maßnahmen beispielsweise oder das Thema Radtourismus, das dort zusammen mit dem ADFC behandelt wird, haben national und auch international Aufmerksamkeit bekommen und werden dort regelmäßig als Best Practice vorgestellt.

Genauso positiv sehe ich die Verstetigung der DMO-Förderung und auch der Mittel für die hochprädikatisierten Orte. Das ist großartig, denn das gibt Planungssicherheit in diesen Bereichen.

Sie sind eine gute Grundlage dafür, dass wir in Niedersachsen auch langfristig einen starken Tourismus haben.

Wir sehen jedoch auch, dass momentan von diesen Mitteln noch nicht alle Orte mit Bedarfen profitieren können. In dem Zusammenhang wird gespannt auf den Abschluss der Tourismusstrategie, die aktuell noch in Ihrem Haus bearbeitet wird, gewartet. Können Sie etwas zum aktuellen Zeitplan zur Finalisierung sagen?

Abg. **Ulf Thiele** (CDU): Herr Minister, ich habe erstens noch zwei Detailfragen zum Wirtschaftsförderfonds. Ich möchte von Ihnen hören, wie es sich mit dem aktuellen Stand der Mittelbindung verhält. Welche konkreten Projekte sind über Mittel aus dem Wirtschaftsförderfonds finanziert, und welche Projekte, die dort bisher hinterlegt sind, stehen möglicherweise infrage? Ich möchte einen besseren Überblick über dieses überjährige Sondervermögen und insbesondere darüber bekommen, welche Projekte tatsächlich realisiert werden.

Ich möchte zweitens von Ihnen wissen, wie es um die an die Kommunen gerichteten Förderkulissen bestellt ist. Das betrifft bekanntlich insbesondere den Verkehrsbereich. Die Landesregierung hat im vergangenen Jahr den interministeriellen Arbeitskreis tagen lassen und ein Kommunalfördergesetz aufgesetzt. Nach der Beschlussfassung über das Kommunalfördergesetz ist in der Landesregierung vereinbart worden, dass alle Häuser ihre Förderrichtlinien noch einmal daraufhin überprüfen, welche von diesen Förderrichtlinien in das Kommunalfördergesetz überführt werden können. Bitte geben Sie uns für Ihr Haus einen Zwischenstand, damit wir einen Eindruck davon bekommen, wo es Vereinfachungen bei den durch das Wirtschaftsministerium an die Kommunen gerichteten Förderkulissen gibt.

Drittens. Außerdem habe ich in der Diskussion über die Förderrichtlinien verstanden, dass Gleiches jetzt auch bezüglich der weiteren Förderkulissen vorgesehen ist. Das betrifft Ihr Haus in besonderem Maße, weil ein wesentlicher Teil der Förderung durch das Land - meistens über die NBank abgewickelt - die wirtschaftlichen Strukturen betrifft. Das heißt, Ihr Haus müsste daran in besonderer Weise arbeiten. Gibt es inzwischen schon Aktivitäten der Landesregierung - die sich dann eigentlich auch in der Haushaltsplanung hätten wiederfinden müssen -, um zu analysieren, welche weiteren Förderrichtlinien des Landes in Ihrem Haus zu einer ähnlichen Struktur vereinfacht werden können, wie wir es jetzt beim Kommunalfördergesetz gesehen haben, um Randbedingungen zu vereinfachen, Bewilligungen zu beschleunigen und im Übrigen auch die NBank bei der Bearbeitung und Administration der Förderrichtlinien zu entlasten?

Viertens. Sie haben schon etwas zur Wohnraumförderung gesagt. Ich kann mir die Randbemerkung nicht verkneifen, dass hier niemand die These vertreten hat, dass die Mittel, die dafür zur Verfügung gestellt werden und jetzt in Ihrer Gesellschaft gebunden sind, nicht für den Wohnungsbau hätten ausgegeben werden sollen. Die Ansätze sind einfach unterschiedlich. Meine Randbemerkung ist relativ simpel: Hätten Sie den Gesellschaften, die jetzt an Sie übertragen, und im Übrigen auch anderen, die im Regelfall aus Liquiditätsgründen übertragen, weil sie mit energetischer Sanierung überlastet sind, diese Mittel über eine einfache Struktur zur Verfügung gestellt, hätten Sie mit hoher Wahrscheinlichkeit einen schnelleren und größeren Effekt erzielt.

Ich möchte von Ihnen wissen, an welchen Orten und vor allem wie viele zusätzliche Wohnungen Sie für die Jahre 2026, 2027 und 2028 durch Ihre Wohnungsgesellschaft tatsächlich noch realisiert sehen. Ich meine nicht Wohnungen, die in Planung gegeben sind, sondern Wohnungen, die

tatsächlich realisiert, also bezugsfertig sind. Außerdem möchte ich wissen, welche Anzahl an Wohnungen - im Wesentlichen sozialer Wohnungsbau - darüber hinaus aus Ihrer Sicht in den Jahren 2027 und 2028 realisierbar ist.

Abg. **Stephan Christ** (GRÜNE): Herr Minister Tonne, Sie sprachen in Bezug auf diesen Haushalt von Verlässlichkeit, Planbarkeit und Sicherheit. Ich meine, man muss in diese Aussage nicht viel hineininterpretieren, um die Ausprägung dieser Merkmale zu unterstreichen. Ich will noch das Wort Ehrlichkeit hinzufügen.

Herr Hilbers, Sie haben gerade kritisiert, dass es beim Landesstraßenbauplafond keinen weiteren Aufwuchs gegeben hat. Ich weise darauf hin, dass zum Ende der letzten Legislatur unter Wirtschaftsminister Althusmann und Finanzminister Hilbers eher ein Abschmelzen des Landesstraßenbauplafonds festzustellen war. Wir schreiben die aktuellen deutlich höheren Zahlen jetzt bis zum Ende der Legislatur und in der Mipla weiter fort, räumen der Sanierung unserer Straßen eine hohe Priorität ein und unterstreichen dies mit Umsetzung von Personal und der personellen Ausstattung der Landesbehörde. Ich glaube, das und Ehrlichkeit sind hier der wesentliche Unterschied.

Mit dem Thema ÖPNV spreche ich einen zweiten Komplex an, bei dem ebenfalls das Stichwort Ehrlichkeit zum Tragen kommt. Die Aufstockung der Landesmittel für den ÖPNV auf 171 Millionen Euro ist ein echt starker Wurf, der jetzt mit diesem Doppelhaushalt gelingt. Herr Tonne, Sie haben schon gesagt, dass die hälftige Nutzung der Regionalisierungsmittel sukzessive erreicht worden ist. Hierzu muss man aber, der Wahrheit halber, sagen, dass während der Amtszeit der letzten Landesregierung nichts passiert ist, um das bisherige Missverhältnis aufzuheben. Dass das jetzt gelingt, ist, ehrlich gesagt, ein ganz großer Wurf.

Ich möchte an dieser Stelle auch die Verlässlichkeit und Zuverlässigkeit in Bezug auf das Deutschlandticket unterstreichen. Ich halte es für sehr wertvoll, dass wir die Bereitstellung der Mittel gesetzlich verankern.

Ich habe noch Fragen zum Thema BEMU. Habe ich Sie richtig verstanden, dass die Finanzierung der Anschaffung der Batteriezüge und der Infrastruktur gesichert ist? Andernfalls korrigieren Sie mich gerne.

Außerdem möchte ich gerne wissen, wie es mit der Elektrifizierung von Bahnstrecken weitergeht. Vielerorts vernehme ich Kritik, dass die Entwicklung auf diesem Gebiet nicht voranschreite, zum Beispiel in Bezug auf die Strecken Braunschweig–Gifhorn und Oldenburg–Osnabrück. Das sind bekanntlich zwei Projekte, die perspektivisch die Elektrifizierung der Strecken vorsehen. Ist die Elektrifizierung dieser beiden Strecken haushalterisch abgebildet?

Minister **Tonne** (MW): Frau Reinecke fragte nach der Tourismusstrategie. Die Abschlussveranstaltung soll im ersten Quartal 2027 stattfinden. Ich bin Ihnen sehr dankbar für den zutreffenden Hinweis, dass die TMN keine reine Werbeeinrichtung ist. Wenn ich die TMN darauf verkürzen würde, würde ich ihr auch nicht gerecht.

Herr Eule hat mir gerade etwas zugeraunt. Ich schlage aufgrund des Umfangs des Wirtschaftsförderfonds vor, dass Sie darüber entscheiden, wann Sie sich im Rahmen einer Ausschusssitzung den Wirtschaftsförderfonds einmal im Detail vorstellen lassen. Es ist mir nicht möglich, Ihre

Frage nach den Projekten, die daraus finanziert werden, hier in nur zwei oder drei Sätzen halbwegs vernünftig zu beantworten.

Sie hatten danach gefragt, wie viele bestehende Förderrichtlinien in das Kommunalfördergesetz überführt werden. In der Tat ist geprüft worden, welche Förderrichtlinien für eine Überführung in das Kommunalfördergesetz geeignet sind. Die Mittel für die hoch prädikatisierten Tourismuskommunen sind unter dieser Maßgabe angemeldet worden. Die angesprochenen ÖPNV-Richtlinien haben sich aus diversen Gründen als nicht für eine Überführung in das Kommunalfördergesetz geeignet erwiesen.

Nichtsdestotrotz wird bei diesem Thema an Vereinfachungen in jedwede Richtung intensiv gearbeitet. Ich bitte um noch ein bisschen Geduld, bis das Gesetzeswerk seitens der Landesregierung als Komplettpaket vorgestellt wird. Ich kann aber schon jetzt berichten, dass wir bei uns in allen Abteilungen, in allen Referaten sehr intensiv nach weiteren Vereinfachungsmöglichkeiten geschaut haben und wir uns zutrauen, Abläufe schlanker, mit weniger Dokumentation und mit weniger Aufwand betreiben zu können.

Sie hatten gefragt, wie viele Wohnungen der Wohnraum Niedersachsen in 2027 bezugsfertig sind. Das kann ich Ihnen zum jetzigen Zeitpunkt nicht sagen. Ich kann Ihnen sagen, wo wir bei den Projekten stehen, was beurkundet ist, wo Grundsteine gelegt sind und wie es weitergeht. Die immer wieder aufgestellte These, es gehe ohne die Wohnraum Niedersachsen GmbH schneller, widerlege ich unter Hinweis auf die Erfahrungen, die wir in der Vergangenheit gesammelt haben. Wir sehen doch, dass das Modell, Wohnungsbau den Privaten allein zu überlassen, nicht funktioniert. Deswegen sind wir auf der Landesebene zu der Einschätzung gekommen, dass es eines weiteren Players bedarf.

Der ganz entscheidende Punkt ist doch - dem ist von Anfang an nachgekommen worden -, dass die Wohnraum Niedersachsen keine Konkurrenz zu den Anstrengungen ist, die ansonsten landesweit unternommen werden, sondern dass diese Gesellschaft nach Wegen schauen soll, wie sie die im Lande unternommenen Anstrengungen unterstützen kann und wie sie daneben weitere zusätzliche Anstrengungen für Wohnungsbau unternimmt.

Wir haben offenkundig einen unterschiedlichen Blickwinkel auf die Arbeit der Wohnraum Niedersachsen. Aber, wie gesagt, die Vergangenheit hat uns gelehrt, dass alles das, was wir bisher für die Schaffung von Wohnraum getan haben, nicht ausreichend gewesen ist. Ich habe Ihnen gesagt, welche Bedeutung ich dem sozialen Wohnungsbau beimesse. Solange wir die Schaffung von sozialem Wohnungsbau nicht ausreichend bedienen können, müssen wir unsere Anstrengungen intensivieren. Das geschieht auf ganz unterschiedlichen Ebenen, aus meiner Sicht völlig zu Recht auch durch die Wohnraum Niedersachsen GmbH.

MDgt **Eule** (MW): Die BEMUs befinden sich gerade im Ausschreibungsverfahren. Die Finanzierung der Infrastruktur ist gesichert. Es gibt einen Bundesanteil und einen Landesanteil. Aber in Summe ist die Finanzierung für diese Infrastruktur im Haushalt ganz klar gesichert.

Abg. **Heiko Sachtleben** (GRÜNE): Auch die Werkstätten?

MDgt **Eule** (MW): Auch die Werkstätten.

Abg. **Omid Najafi** (AfD): Ich habe drei Nachfragen und zwei neue Fragen. Die drei Nachfragen muss ich stellen, weil die Fragen, die ich vorhin gestellt hatte, nicht vollständig beantwortet wurden.

Im Landesbauplafond wurde der Titel „Erhalt von Landesstraßen“ um 14 Millionen Euro reduziert. Weshalb wurde der Ansatz reduziert?

Wie viele Millionen von den 300 Millionen Euro, die der Wohnraum Niedersachsen GmbH zur Verfügung stehen, sind schon genutzt worden?

Im Übrigen haben Sie zugesagt, dass Sie die Zahlen des Wirtschaftswachstums 2026, erstes Halbjahr, nachreichen werden.

Nun stelle ich meine zwei neuen Fragen.

Zur Förderung der Wasserstoffwirtschaft wurden bisher in Einzelplan 08 40 Millionen Euro und im Einzelplan des MU weitere 40 Millionen Euro bereitgestellt. Im Doppelhaushalt 2027/2028 sind diese 40 Millionen Euro nicht mehr im Einzelplan 08 enthalten. Ist die Gesamtsumme von 80 Millionen Euro jetzt im Einzelplan des MU veranschlagt?

Zur Förderung der Elektromobilität gibt es eine eigene Titelgruppe für Ladeinfrastruktur und E-Auto-Beschaffung. Der Ansatz für die E-Auto-Beschaffung wurde reduziert. Ist das ein Hinweis darauf, dass bereits alle Ministerien und nachgeordneten Landesbehörden mit E-Autos ausgestattet sind? Worin ist diese Reduzierung des Ansatzes begründet?

Abg. **Axel Miesner** (CDU): Herr Minister, Sie sind auf die Bedeutung des Tourismus für unser Land eingegangen. Ich komme zurück auf Ihre Mitteilung vom 27. Juli 2026 zur Förderung der DMOs. Sie haben ausgeführt, wie die Summe von 2 Millionen Euro verteilt wird. Die Bereitstellung der Mittel für den Heilbäderverband Niedersachsen und die DMOs, die genannt wurden, ist grundsätzlich zu begrüßen. Leider fallen aber einige unserer Reiseregionen durch den Rost. Das ist meines Erachtens nicht in Ordnung. Denn das führt zu Wettbewerbsverzerrungen und kann auch nicht im Sinne Ihrer landesweiten Tourismuspolitik sein. Insofern frage ich: Wie geht es mit den Reiseregionen weiter? Wie können wir das Problem lösen, ohne dass es hierbei zu Wettbewerbsverzerrungen kommt? Es müssen alle Reiseregionen des Landes berücksichtigt werden.

Minister **Tonne** (MW): Die Reduzierung der Mittel des Landesstraßenbauplafonds um 14 Millionen Euro ist eine Anpassung an das Ist-Ergebnis 2025. Die Veränderungen korrespondieren zwischen Erhaltung und Um- und Ausbau und sind eine schlichte Anpassung an die Ist-Ergebnisse.

Sie fragten nach der Mittelbindung durch die Wohnraum Niedersachsen GmbH. Durch die 15 beschlossenen Projekte haben wir Mittel in Höhe von rund 170 Millionen Euro gebunden.

Eine Reduktion der Mittel beim Thema E-Autos heißt nicht, dass alle fahren oder alle Behörden ausreichend ausgestattet sind, sondern ist eine schlichte Anpassung an die Entwicklung, sodass damit die Bedarfe, die bei realistischer Sicht umgesetzt werden, auch bedient werden können. Im Grunde genommen wurden die Ansätze in der Vergangenheit nicht in dem prognostizierten Maße ausgeschöpft. Deswegen haben wir die Ansätze angepasst und mit den freigewordenen Mitteln Freiräume an anderer Stelle bedient.

Herr Miesner, Sie haben recht, dass derzeit nicht alle DMOs bedient werden. Wir wollen mit der Tourismusstrategie und deren Umsetzung, was nicht durch Schalterumlegen passieren kann, eine vernünftige Verteilung in Niedersachsen gewährleisten. Wir wollen aber natürlich auch erfahren, welche Größen dafür bedient werden müssen. Eine Marke, eine Region, das muss passen und kann nicht einfach beliebig zusammengestückelt werden. Wir wollen mit der Tourismusstrategie eine Grundlage bieten, um diesen Prozess einer gerechten Verteilung quer durch Niedersachsen mit händelbaren Größen zu bewerkstelligen.

Das ist nichts, was wir sozusagen „von oben durchhacken“, sondern das wird mit den Akteuren entsprechend erarbeitet. Wir haben uns in diesem Jahr für die Verteilung von bestimmten Mindestgrößen entschieden. Dadurch werden nicht alle berücksichtigt. In den nächsten Jahren muss die Verteilung der zusätzlichen Mittel mit der Tourismusstrategie abgestimmt werden.

MDgt **Eule** (MW): Bitte konkretisieren Sie Ihre Frage zu den 40 Millionen Euro betreffend die Wasserstoffwirtschaft, Herr Najafi.

Abg. **Omid Najafi** (AfD): Meine Frage betrifft die Titelgruppe 75, Aufbau einer nachhaltigen Wasserstoffwirtschaft. 2026 sind noch 40 Millionen Euro veranschlagt, und 2027 sind sie nicht mehr veranschlagt. Es sollen aber weiterhin in jedem Jahr 80 Millionen Euro bereitgestellt werden. Meine Frage ist, ob die gesamte Summe von 80 Millionen Euro jetzt in den Einzelplan des MU übertragen wurde oder ob die Förderung gestoppt ist.

Minister **Tonne** (MW): Wir prüfen und klären das.

Vors. Abg. **Stefan Klein** (SPD): Wir können diese Frage auch gleich bei der Beratung des Einzelplans klären.

Herr Minister, herzlichen Dank an Sie für die Einbringung und die Beantwortung der Fragen.

Einzelberatung

Der **Ausschuss** führt die Einzelberatung durch.

Kapitel 0802 - Allgemeine Bewilligungen im Bereich Wirtschaft

Titel 686 12 - Gründungsstipendien

Interessiert an dem Effekt, den dieses Förderprogramm hat, erkundigt sich Abg. **Ulf Thiele** (CDU) danach, wie viele Gründungsstipendien aus diesem Titelansatz - gegebenenfalls über mehrere Jahre hinweg - finanziert werden. - MDgt **Eule** (MW) berichtet, im Jahre 2025 sei der Ansatz mit 1,231 Millionen Euro nahezu ausgeschöpft worden. Im laufenden Haushaltsjahr seien bis August seien insgesamt 903 800 Euro geleistet worden. Seit Programmstart seien in Niedersachsen

mehr als 640 Stipendien mit einer Fördersumme von ca. 10,5 Millionen Euro für Start-up-Gründungen vergeben worden. Im Haushaltsplanentwurf 2027/2028 seien hierfür wie bisher 1,5 Millionen Euro veranschlagt.

Der Ministerialvertreter sagt dem Ausschuss zu, die Information, wie viele Anträge im Jahre 2026 schon bewilligt worden seien und wie das Antragsaufkommen im Jahre 2027 prognostiziert werde, nachzureichen.

Kapitel 08 03 - Allgemeine Bewilligungen im Bereich Verkehr

Titel 891 12 - Zuführung einer Eigenkapitaleinlage in die Schienen-Infrastruktur Ost-Niedersachsen GmbH (SinON GmbH)

Abg. **Reinhold Hilbers** (CDU) fragt unter Hinweis auf den Erläuterungstext zu diesem Titel (vgl. S. 49), ob die Veranschlagung von Mitteln mit dem Verwendungszweck der Eigenkapitalstärkung mit den Vorgaben in § 65 LHO vereinbar sei. Sofern die Gesellschaft ein Liquiditätsproblem habe, argumentiert der Abgeordnete, müssten nach seinem Dafürhalten andere Maßnahmen ergriffen werden als die Stärkung des Eigenkapitals. Ihm gehe es in erster Linie darum, zu erfahren, ob die geplante Einlage des Landes werthaltig sei oder heute schon befürchtet werden müsse, dass die SinON im nächsten Geschäftsjahr einen Verlust zum Nachteil der heute bestehenden Eigenkapitalsituation einfahren werde.

MR'in **Lütjering** (MW) berichtet, die SinON arbeite unter anderem an einer Streckenreaktivierung, die sich länger hinziehe, als ursprünglich vorgesehen gewesen sei. Aus diesem Grunde werde die SinON erst später als geplant durch Zugverkehr auf dieser Strecke Einnahmen generieren können. Die Zuführung der Eigenkapitaleinlage an die SinON GmbH diene dazu, den zusätzlichen Zeitabschnitt, in dem die SinON noch keine Einnahmen generieren könne, zu überbrücken. - Abg. **Reinhold Hilbers** (CDU) entgegnet, dass eine Liquiditätshilfe auch durch eine Zwischenfinanzierung, etwa durch ein Darlehn oder durch Kontenclearing, sichergestellt werden könnte und nicht unbedingt durch eine Erhöhung des Eigenkapitals erfolgen müsse.

Kapitel 08 40 - Wohnungs- und Siedlungswesen

TGr. 62/66 - Wohngeld

Abg. **Ulf Thiele** (CDU) erfragt die Fallzahlen und den Durchschnittsbetrag der Wohngeldleistungen, die der Veranschlagung zugrunde liegen, und zeigt sich interessiert an einer Information zur Entwicklung der Verwaltungskosten auf kommunaler Ebene. - MDgt **Eule** (MW) sagt zu, schriftliche Antworten auf die beiden Fragen nachzureichen.

Kapitel 50 81 - Wirtschaftsförderfonds - Gewerblicher Bereich

TGr. 75 - Aufbau einer nachhaltigen Wasserstoffwirtschaft

Abg. **Reinhold Hilbers** (CDU) erbittet eine Übersicht über die Projekte, die durch die veranschlagten Mittel gebunden sind, und äußert die Hoffnung, auf diese Weise zu erfahren, wie viele der Mittel noch nicht durch konkrete Projekte gebunden sind. - MDgt **Eule** (MW) sagt zu, dem Ausschuss eine entsprechende Auflistung zur Verfügung zu stellen.

Kapitel 50 89 - Sondervermögen zweckgebundene Einnahmen - RegG

Titel 231 86 - Zuweisungen des Bundes gem. Regionalisierungsgesetz für Zahlungen zum Ausgleich von Mindereinnahmen aus gemeinschaftlichen Verpflichtungen im ÖPNV

Abg. **Ulf Thiele** (CDU) fragt, ob zum Jahreswechsel 2026/2027 mit Ausgabenresten gerechnet werden könne, die dann für den Zeitraum 2027/2028 noch frei verfügbar seien, oder ob die Mittel in vollem Umfang gebunden seien. - MDgt **Eule** (MW) sagt eine schriftliche Beantwortung dieser Frage zu.

BOR'in **Khalili** (MW) antwortet, dem Fachreferat liege nur die Summe, die auf die LNVG entfalle, vor. Sie werde die auf die beiden regionalen Aufgabenträger entfallenden Summen in Erfahrung bringen und dem Ausschuss schriftlich nachreichen.

Übersicht über Beschäftigungsvolumen, Budget und Stellen (BBS)

Abg. **Reinhold Hilbers** (CDU) erbittet aus Anlass des geplanten Zugangs von zwei Vollzeiteinheiten im Bereich Geldwäscheaufsicht in Kapitel 08 01 - Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Bauen -, deren Finanzierung nach Aussage von MR **Weiß** (MW) aus Einnahmen aus der Wahrnehmung dieser Aufgabe gegenfinanziert ist, Übersichten über das Aufkommen an Bußgeldern, Gebühren und Verwarngeldern und über das zur Wahrnehmung dieser Aufgabe eingesetzte Personal in Referat 25 - Geldwäscheprävention, Geldwäscheaufsicht -.

Eine Aussprache zur **Mittelfristigen Planung des Landes Niedersachsen 2026 bis 2030** ergibt sich nicht.

Der **Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr, Bau und Digitalisierung** sowie der **Unterausschuss „Häfen und Schifffahrt"** sowie der **Unterausschuss „Tourismus"** schließen die Beratung zu den Einzelplänen 08 und 20 unter Einbeziehung der mittelfristigen Finanzplanung 2026 bis 2030 ohne Änderungsempfehlungen für den federführenden Ausschuss für Haushalt und Finanzen ab.

***